Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6 durch die Post und durch Briefträger zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 90 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7040.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr berechnet für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44. Montag, den 22. Februar 1897. 8. Jahrgang.

Eine neue Liebesgabe für die Junker.

Die 22. Versammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer“, jener Organisation, welche die deutsche Zollpolitik, unter deren Druck das Volk nunmehr fast zwei Jahrzehnte schon leidet, eingeleitet hat, faßte einen Beschluß, der auf nichts anderes abzielt, als: Der Staat soll die Schulden der Junker aufkaufen!

Der Plan ist dieser: Der Staat soll ein unbeschränktes Capital, verzinsbar mit 3 Procent, den einzelnen Provinzial- bezw. Landesverbänden zur Verfügung stellen, welche dieses Capital zu dem gleichen Procentsatz an die Grundbesitzer zu verleihen haben; den Grundbesitzern soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Privathypotheken auf die Provinzialverbände zu übertragen, d. h. wer jetzt eine Privathypothek von 4 oder 5 Procent hat, wird sie dann dem Staat aufhalsen, dem er nur 3 Procent zu bezahlen haben wird. Es handelt sich um eine Verstaatlichung der Hypotheken in einer versteckten Form. In diesem speciellen Fall ist es noch besonders kennzeichnend, daß der Staat, der gerade jetzt seine eigenen Schulden zu $3^1/_2$ Procent convertirt, den Junkern das Capital zu 3 Procent verleihen soll! Danach ist auch der Werth der Vertröstung zu bemessen, welche die Agrarier doch wohl aus Schamhaftigkeit für nöthig hielten, ihrem Beschluß anzufügen, nämlich, daß, wenn der Staat Hypotheken zu 3 Procent ausgiebt, der Hypothekenzins überhaupt sinken wird, folglich die Gutsbesitzer ihre alten Verbindlichkeiten behalten werden und die Conversion in mäßigen Grenzen ablaufen wird. Das stimmt durchaus nicht; die schlauen Junker übersehen die zweite Möglichkeit: daß nicht der Zinsfuß der Privatbanken, sondern der Cours der staatlichen Schuldverschreibungen sinken wird.

Durch diese Maßnahmen würde der Staat sich nur in neue, gewaltige Schulden stürzen und die materiellen Verluste der verkrachten Gutsbesitzer auf sich übernehmen. Daß aber den Junkern selbst dann noch nicht geholfen wäre, wenn der Staat thatsächlich ihre sämmtlichen Schulden aufgekauft hätte, daran ist kein Zweifel, denn dies liegt im Wesen des capitalistischen Grundbesitzes. Die capitalistischen Grundherren klagen immer: sinkt mit den Getreidepreisen die Grundrente, so klagen sie, daß sie die Hypothekenzinsen nicht bezahlen können, und steigt mit den Preisen die Grundrente, so nehmen sie neue Hypotheken auf, so steigt die Verschuldung; schließlich je niedriger der Zinsfuß, desto höher wiederum die Verschuldung — immer muß der Staat zuschießen und nie kann er es genug thun, denn auf jeden Zins- oder Steuernachlaß, jeden Zoll, nehmen die Junker sofort eine Hypothek auf. Die Unverschämtheit der Agrarier zeigt sich in ihrer ganzen Pracht, wenn man das jetzige Project der Hypothekenverstaatlichung mit dem Kanitzschen Getreidemonopol verbindet. Dann würde die Situation so sein: Der Staat kauft den Junkern das Getreide ab zu einem Preis, der höher ist, als der gewöhnliche Marktpreis. Dieser Zuschlag, der mit dem Gelde der Steuerzahler resp. auf Kosten des verbrauchenden Volkes bezahlt wird, dient dazu, den Reinertrag des Gutes zu erhöhen. Damit steigt der Bodenpreis. Je höher der Bodenpreis, eine desto höhere Hypothek kann aufgenommen werden. Und nun soll noch der Staat verpflichtet sein, diese Hypotheken zu gewähren, der Junker aber soll dafür einen Zinsfuß bezahlen, der niedriger ist, als der gewöhnliche. Der Staat soll dem Junker für das Getreide mehr bezahlen, als es auf dem Markte werth ist, er soll den Werth seines Grundstücks künstlich in die Höhe treiben, daraufhin dem Junker eine Anleihe gewähren, die ebenfalls entsprechend übermäßig hoch ist, und diese Anleihe mit einem Zinsfuß berechnen, der unter dem gewöhnlichen steht. Was kann man noch mehr wünschen? Wenn aber die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit oder Lohnerhöhung fordern, dann sind die Agrarier am ersten da, um ihnen Begehrlichkeit vorzuwerfen! Die „Begehrlichkeit“ wird vom Gesichtspunkte der Reichen nach dem Besitz bemessen. Wer nichts hat, ist schon „begehrlich“, wenn er sich wenige Pfennige mehr wünscht, wer aber Millionen hat, der ist selbst dann nicht „begehrlich“, wenn er noch Hunderttausende fordert.

Politische Rundschau.

— Aus dem Reichstage. Berlin, 20. Februar. In der heutigen Sitzung, die der Berathung des allgemeinen Pensionsfonds gewidmet war, überwog das Uninteressante. Belebt wurde sie durch eine Rede Bebel's über die Offizierspensionirungen, denen er die Mannschaftspensionirungen, zu denen man sich nur mit Hängen und Würgen entschließt, gegenüberstellte. Der Kriegsminister behandelte diese Kritik in gewohnter Weise als einen Eingriff in die Rechte der Krone. Außerdem focht der süddeutsche Volksparteiler Galler einen Strauß mit dem württembergischen Kriegsminister, Freiherrn Schott von Schottenstein, aus. Die Militärconvention zwischen Preußen und Württemberg über das Avancement der Offiziere aus beiden Ländern in der württembergischen Armee gab den Stoff ab. Herr von Schottenstein trat heute viel weniger schneidig als vor einigen Tagen auf, wo er dem preußischen Vorbild erfolgreich nachgeeifert hatte. Sonst wurde noch die Einstellung von Militäranwärtern in den Communaldienst, wie sie das Gesetz von 1893 vorschreibt, in aller Ausführlichkeit erörtert. Zufrieden ist Niemand mit dieser Vorschrift. Die Debatte endete mit der fast einstimmigen Annahme eines Antrages des Abg. Gröber, der möglichste Rücksichtnahme auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wünscht. Der Antrag der süddeutschen Volkspartei auf Verminderung der Offizierspensionirungen fand nicht die Mehrheit.

— Die Commission für Arbeiterstatistik trat Sonnabend unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Directors im Reichsamt des Innern Dr. v. Woedtke zur Feststellung des von ihr zu erstattenden Berichts über das Ergebniß der die Verhältnisse in der Kleider- und Wäscheconfection betreffenden Untersuchung zusammen. Der von dem Director des Kaiserl. Statistischen Amts Dr. v. Scheel als dem Referenten der Commission ausgearbeitete Entwurf wurde von der Commission mit unwesentlichen Abänderungen genehmigt. Der Bericht, welcher die Ergebnisse der Schlußberathung der Commission enthält, ist nunmehr dem Herrn Reichskanzler zu überreichen.

— Die zur Handwerkervorlage im Bundesraths-Ausschuß eingebrachten 62 Abänderungs-Vorschläge, welche Minister von Boetticher als von einer einzigen Regierung herrührend im Reichstage unlängst erwähnte, sollen nach der „Nationalzeitung“ badischen Ursprungs sein.

— Eine Berichtigung seiner Angaben über die Königsberger Börsengarten-Affaire muß sich der Kriegsminister von Goßler gefallen lassen. Er hatte im Reichstage behauptet, daß Seitens der Militärmusik kein Contractbruch vorliege, weil der Vorstand der Börsengartengesellschaft ausdrücklich auf das Concertiren der Militärmusik verzichtet habe. Jetzt veröffentlicht der Secretair der Börsengartengesellschaft in der „Hart. Ztg.“ eine Erklärung, in der er bestreitet, die Militärcapelle aus dem Contract entlassen zu haben.

— Zur Reichstagsdebatte über den Achtstundentag bemerkt die „Sächsische Arbeiterzeitung“: Bekanntlich steht für die bevorstehende Verhandlung ein Zusatzantrag mit zur Berathung, wonach der Bundesrath Erhebungen über die Fälle übermäßig langer Arbeitszeit veranstalten soll, um eventuell dagegen Vorschriften zu erlassen. Wir erinnern nun daran, daß der Gothaer Parteitag den Beschluß gefaßt hat, die Fraction solle die Veranstaltung einer Enquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn im Deutschen Reich überhaupt beantragen. Da die Gelegenheit gerade jetzt wegen des erwähnten, bereits aus der Mitte des Reichstages gestellten Antrages einer partiellen Erhebung, der auch sehr gute Aussichten hat, angenommen zu werden, besonders günstig ist, so wäre zu erwarten, daß die Fraction dafür Sorge tragen wird, den Beschluß des Parteitags in diesem günstigen Augenblick in Ausführung zu bringen. Daß nur eine Erhebung über Arbeitszeit überhaupt, und zwar in Verbindung mit dem Arbeitslohn, eine zuverlässige statistische Grundlage abgeben kann für die Regelung der Arbeitszeit, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden.

— Ueber das Begnadigungsrecht leitartikelt die „Nordd. Allg. Zeitung“. Das officiöse Blatt schreibt im letzten Absatze dieses Artikels: Mögen daher die Blätter, welche sich keine Begnadigung wegen Duells oder Amtsüberschreitung entgehen lassen, in Zukunft gewissenhaft auch andere Gnadenacte, so namentlich bei Majestätsbeleidigungen, registriren! — Wir erklären uns sehr gerne bereit, auch die Begnadigungen von Leuten, die wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt sind, zu registriren. Leider ist uns in der Presse noch nie ein derartiger Fall aufgestoßen, und von unseren Collegen in der Presse ist unseres Wissens auch kein „Majestätsbeleidiger“ in den letzten Jahren begnadigt worden.

— Mündliche Verhandlungen zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung, welche am Freitag Mittag stattfanden, haben zu einem Ergebniß nicht geführt, weil die Freisinnige Vereinigung wieder auf die in dem bekannten Schriftwechsel Seitens der Freisinnigen Volkspartei wiederholt abgelehnte Forderung einer Allgemeinen Erklärung zu Gunsten des Fractionsbesitzstandes zurückkam. Die Freisinnige Volkspartei machte dagegen den Vorschlag, statt von oben herab durch Allgemeine Erklärungen von unten herauf unter Inbetrachtnahme der einzelnen Gegenden zunächst die überwiegend vorhandene Einigkeit der Wählerschaften festzustellen und alsdann noch übrig bleibende Gegensätze in einzelnen Wahlkreisen individuell in Betracht zu ziehen. Dieser Vorschlag wurde Seitens der Freisinnigen Vereinigung rundweg abgelehnt. Die Verhandlungen haben durchaus ergebnißlos geendet.

— Für die gesetzliche Regelung des Apothekenwesens haben im Auftrage des Reichskanzlers

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Ruederer.

[4] Nachdruck verboten.

Aengstlich suchte er sich gegen jede Gemüthsbewegung zu kaupnen. Wenn er in's Wirthshaus kam und beim Eintreten frivolende Redensarten hörte, so that er nicht dergleichen, und wenn er Anna besuchte, so erzählte er der Kranken alberne Tagesneuigkeiten; ihren Augen, die starr auf ihm ruhten, wich er beständig aus. Für die Veränderung, die mit dem Mädchen vorgegangen war, seitdem sie der Geistliche täglich besuchte, war er blind und nahm es ruhig hin, daß sie ihm niemals eine Antwort gab. Um so rascher konnte er wieder auf und davon gehen. Man hinterbrachte ihm, daß Göpfert in gemeinster Weise über ihn und Anna räsonnirt habe — auch das schluckte der Lehrer geduldig hinunter und nahm die Einladung zur Hochzeit an, wo er diesem Menschen gegenüber sitzen sollte. Er fürchtete, daß es auffallen könnte, wenn er ablehnte, wo sich doch auch der Benefiziat an der Tafel betheiligte.

Als er nun von der Kirche heimkam, beschlich ihn so ein es, wie eine Befriedigung, daß er den Ansturm, der ihm durch Hansls Abschied gedroht hatte, so tapfer zurückgeschlagen. Er konnte sich doch schon recht gut beherrschen!

Da fiel ihm ein großes Couvert auf, das die Hausbälterin im Vorplatz eben dem dicken Kaspar in die Mappe legte. Ein wahnsinniger Schrecken durchzuckte ihn.

„Grüaß Gott, Herr Lehrer“, rief der Postbote.

„Grüß Gott, Kaspar“, war die Antwort. Eilends huschte der Lehrer in sein Zimmer. Als er aber die Thüre geschlossen hatte, da fiel die Maske der Ruhe von seinem Gesichte und eine fieberhafte Angst verzerrte seine Züge. Was war das für ein Brief? An wen ist er adressirt? Wenn es die Anzeige wäre! Wenn die Ernennung, die vielleicht schon unterwegs war, rückgängig gemacht würde!

Er griff sich in die Haare und zog an dem festgehaltenen Büschel, als wollte er den Schädel in Stücke reißen. Dabei lief er durch das Zimmer und murmelte beständig: „Der Brief, der Brief.“ Was enthielt er nur? Er mußte es wissen, koste es, was es wolle!

Die sichere Ueberzeugung, daß hier etwas Schreckliches im Gange war, raffte ihn zu einer Energie auf, die ihn das Aeußerste unternehmen ließ.

Schleunigst verließ er das Zimmer und polterte die Treppe hinab. Dann sauste er dem Postboten nach. Unten im Dorfe sah er ihn gemächlich dahinbummeln.

„Kaspar! Kaspar!“ kam er athemlos herbeigerannt. „Ach, ich bin g'laufen“, lachte er, „Herrgott, bin ich g'laufen, Kaspar, Sie — — Sie — — passen S' auf Kaspar, Sie sollen mir den großen Brief wiedergeben, hat der Benefiziat g'sagt, es is ihm noch was eingefall'n, glaub i.“

Ohne Argwohn öffnete Kaspar seine Ledertasche und suchte.

„Den da?“ fragte er endlich und hielt ein großes Schreiben in die Höhe.

„An die königliche Districtsschulinspection zu Mariakirchen. Zu Händen des Herrn Dekan Harber“, las Gattl und erbleichte.

„Ja, der is' s scho, Kaspar.“

„Da haben S' ihn. Adje Herr Lehrer.“

„Adje, Kaspar.“

Als der Postbote seines Weges gegangen war, sah sich Gattl nach allen Seiten um und eilte, den Ellenbogen auf die klopfende Brust gestemmt, wo das Schriftstück geborgen lag, mit trippelnden Schritten um das ganze Dorf. Er meinte sein Schicksal mit sich herum zu tragen und ein seltsam juckendes Gefühl in den Armen ließ ihn die Hände reiben. Er hatte noch Alles in seiner Gewalt, der Brief gehörte ihm, ihm ganz allein. Ha, ha! So leicht sollte er ihm nicht entrissen werden. Nein, nein, nein! Es weiß ja noch Niemand etwas davon, der alte Dekan nicht, das Bezirksamt nicht, die Regierung nicht, nur er allein weiß etwas!

Am ganzen Körper zitternd trat er in ein kleines Gehölz und hielt den Brief gegen die Sonne. Vergebens! Das starke Kanzleipapier verrieth keinen Schriftzug. Gattl drehte es nach rechts und links und rieb mit beiden Händen an den glatten Flächen.

„Ich hab's noch, ich hab's noch“, murmelte er und lächelte merkwürdig. „Ich hab's noch!“

Plötzlich riß er das Couvert in Fetzen. Erst erschrak er heftig über diesen Gewaltstreich, den er ausgeführt hatte, er wußte selbst nicht wie, dann aber flog der Briefbogen auseinander und Gattls Augen irrten über die großen Buchstaben hinweg. Er übersprang einige Zeilen und suchte eilig nach jenen Worten, die ihm sofortige Gewißheit verschaffen konnten! Halt! Da stand sein Name, dort las er Anna Balder — Schande — Unsittlichkeit — Aergerniß — schamloses Verhältniß — strenge Bestrafung — verharre — Erfurcht —.

Einen wahnsinnigen Schrei stieß der Lehrer aus und rannte vor das Gehölz. Geradewegs jagte er über die Felder dahin und hielt dabei den zerknitterten Brief in der Rechten. Immer weiter und weiter stürmte er zu, als ob ihn der Satan verfolgte. Er merkte nicht, was er niedertrat und wohin die Verzweiflung ihn jagte. Nur das fühlte er noch, daß ihm in dem keuchenden Laufe wohler war, als wenn er in dumpfem Dahinbrüten den Unheilsbrief anstarrte, den er jetzt in die Tasche schob.

Bäume, Hügel, Berge huschten an ihm vorbei. Bald tappte er in eine Wiesenquelle, dann jagte er über die aufgekeimte Saat hinweg, und stampfte tiefe Löcher in die zarte Erde. Der Abend sank in das Thal herab und in der Ferne schimmerten Lichter.

(Fortsetzung folgt.)

gewährleistete Bewegungsfreiheit. Die Versammlung erklärt ferner in Rücksicht auf den § 152 der Gewerbe-Ordnung, nach welchem der deutschen Arbeiterschaft das Recht gewerkschaftlicher Organisation zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusteht, es für eine nicht mit dem Gesetz, der modernen Gesittung und Cultur in Einklang zu bringende Gewaltmaßnahme, den Eisenbahnern das Coalitionsrecht rauben zu wollen. Die Versammelten erblicken in dem Vorgehen der Eisenbahn-Verwaltung eine durch nichts zu rechtfertigende und durchaus ungesetzliche Bevormundung, die sich mit den heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr verträgt. Die Versammlung giebt der Meinung Ausdruck, daß gerade im Hinblick auf die Februar-Erlasse von 1890 und die gesammte Socialgesetzgebung es erst recht Pflicht der Eisenbahner ist, sich um diese Angelegenheiten eingehend zu kümmern und auch ihrerseits durch selbstständiges Vorgehen Anregung zu weiteren Reformen zu geben, und erklärt es schließlich mit dem guten Ansehen eines modernen Staatswesens durchaus unvereinbar, wenn man die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter daran hindert, an den Reformbestrebungen unserer Zeit regen Antheil zu nehmen. Deshalb votirt die Versammlung dafür, das auch für die Eisenbahner geltende Coalitionsrecht energisch vertheidigen zu wollen, und beauftragt zugleich das Bureau der heutigen Versammlung, diese Resolution dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten, sowie der Eisenbahn-Direction Altona in vollem Wortlaut zu unterbreiten."

Sie lassen sich nicht die Butter vom Brot nehmen! Ein bemerkenswerther Vorfall fand vor einiger Zeit auf einem holsteinischen Gute Wahlstorf statt. Die in der dortigen Meierei beschäftigten Mädchen begaben sich am betreffenden Tage in das Eßzimmer, um die Abendmahlzeit einzunehmen. Bei den aufgetischten Speisen fehlte aber das nöthige Fett (oder die Butter) und als die Mädchen hierüber bei der Gutsverwaltung vorstellig wurden, ward ihnen die Antwort zu Theil „Ihr hättet heute Mittag nicht so viel essen sollen, dann hättet Ihr etwas gehabt, für heute giebt es nichts mehr." Ueber diese Antwort berechtigter Weise aufgebracht, beschlossen die Mädchen sämmtlich nicht weiter zu arbeiten und verließen noch denselben Abend den Hof. Den anderen Tagen gingen sie wieder dorthin und stellten in [illegible] an den Besitzer einige Forderungen, welche ihnen denn auch bewilligt wurden. Hierauf wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Es folgte zwar die Strafe auf dem Fuße nach, denn nach Paragraph soundso der Gesindeordnung hatten die Mädchen unberechtigter Weise die Arbeit verlassen und wurde jede zu einer Strafe von 5 Mk., event. einen Tag Haft verurtheilt. Einige, die wohl nicht die nöthigen 5 Mk. in Besitz hatten, wurden einen Tag eingesperrt, und zwar in dem auf dem Hofe befindlichen Backhause. Durch ihr einmüthiges Vorgehen haben die Mädchen wenigstens gezeigt, daß sie sich nicht ganz und gar auf der Nase herumtanzen lassen. Ein Bravo den wackeren Kämpferinnen um ihr gutes Recht.

Gerichtliches.

Unsere Zeit ist reich an Curiositäten der Rechtsprechung. Eine solche kam u. A. am Münchener Landgericht vor. Ein Mädchen hatte, so berichtet die „Frankfurter Zeitung" ein Liebesverhältniß und glaubte, es sei ihr etwas Menschliches passirt. Es mußte sich ein Mittel dagegen zu verschaffen und benutzte es. Aber der Spender hatte ihr, sei es aus Spaß, sei es, um kein Risico einzugehen, nur ein Gläschen mit schmutzigem Wasser verabreicht. Das Gericht verurtheilte das Mädchen wegen Versuchs des Verbrechens wider das keimende Leben zu 1½ Monaten Gefängniß. Das beste bei der Sache ist, daß sich das Mädchen getäuscht hatte. Es war gar nicht schwanger, was in der Gerichtsverhandlung ausdrücklich constatirt wurde. Das Gericht ist hier der vielbesprochenen Entscheidung des Reichsgerichts gefolgt, die den Versuch mit untauglichem Mittel und an untauglichem Object für strafbar erklärt hat.

Das Vereinsgesetz gegen Arbeitervergnügungen. Am 9. Mai des vorigen Jahres wurde in dem Anzeigentheil des „Mühlhauser Anzeiger" zum 14. Mai ein Waldvergnügen angekündigt, für das Gesangsvorträge, Scheibenschießen und anderes mehr in Aussicht gestellt wurde. Der Aufruf zu zahlreicher Theilnahme schloß mit den Worten: „Dazu ladet ein das Comitee". Die Polizei hatte schnell heraus, daß es sich um ein Arbeiter-Vergnügen handelte, woran sich auch die Gewerkschaften betheiligen wollten. Der Bürgermeister erließ als Polizeiverwalter schleunigst ein Verbot der „beabsichtigten öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel". Und als städtischer Beamter verbot er außerdem das Betreten der Wege und Plätze des Stadtwaldes, wo das Fest stattfinden sollte. Darauf erließ das Comitee am 13. Mai eine neue Aufforderung in der „Mühlhauser Zeitung", daß sich die Genossen ohne Sang und Klang am Teufelsbrunnen im Stadtwalde einfinden sollten; auch die Gewerkschaften luden dazu ein. Die Zusammenkunft, zu der etwa 2000 Personen erschienen waren, verlief in der harmlosesten und ruhigsten Weise. Man trank Bier und arrangirte Gesellschaftsspiele. Nicht einmal die Marseillaise wurde gesungen. Dennoch wurde gegen den Parteigenossen Aeußergerling, der die Anzeige aufgegeben hatte, wegen Vergehens gegen die §§ 9 und 17 des Vereinsgesetzes Anklage erhoben. Er sollte zu einer nicht genehmigten öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel aufgefordert und an einer solchen theilgenommen haben. Wegen Theilnahme an einer derartigen Versammlung wurden auch der Cigarrenarbeiter Gerlach und Schuhmacher Heißner angeklagt. Die Angeklagten machten geltend, daß sie keine strafbare Handlung begangen hätten, da ein Waldfest vor allem keine öffentliche Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes sei. — Aeußergerling wurde zu 8 Tagen Gefängniß verurtheilt und die beiden anderen Angeklagten erhielten Geldstrafen von je 10 Mk. Das Landgericht wies ihre Berufung zurück. Es nahm an, daß das Vergnügen doch als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel anzusehen sei und der polizeilichen Genehmigung bedurft hätte. Es habe eine Vereinigung zahlreicher Personen an einem bestimmten Orte zu dem bestimmten Zwecke stattgefunden, um das socialdemokratische Parteibewußtsein zu stärken. Die Angeklagten legten Revision ein und rügten Verkennung des Begriffes der Versammlung. Auch betonten sie, daß keine Leitung und Ordnung bestanden habe und keine Reden gehalten worden seien. Der Strafsenat des Kammergerichts wies indessen am 18. Februar die Revision unter folgender Begründung zurück: Der Vorderrichter habe ohne Rechtsirrthum entschieden. Der Begriff der Versammlung sei nicht verkannt. Um ihn zu erfüllen, sei nur erforderlich, daß eine gewisse, nicht zu kleine Personenmehrheit an einem bestimmten Orte zusammenkomme, die ein inneres Band vereinige, das auf gemeinsamem Wollen beruhe. Jeder Zweck sei nun geeignet, das einigende Band, den inneren Mittelpunkt für eine Versammlung, abzugeben. Rein gesellige Bestrebungen seien also auch dazu geeignet. Deshalb wäre es auch ganz gleichgiltig, daß keine ordentliche äußere Leitung und Ordnung vorhanden gewesen sei und daß Reden unterblieben.

Kleine Rundschau.

Berlin, 19. Februar. Der berühmte Mathematiker Professor Weierstraß ist heute Nachmittag 1 Uhr gestorben.

Ein Diebstahl im Hohenzollern-Museum ist am 16. d. M. ausgeführt worden. Der Dieb hat sich augenscheinlich eingeschlichen und bis nach Schluß des Museums dort verborgen gehalten. In der Zeit von 6—10 Uhr muß sodann der Diebstahl nach Aufbrechen eines Glaskastens und Eindrücken der Glasscheiben eines Schrankes ausgeführt sein. Der Dieb hat sich außerdem aus einem Zimmer einen Degen geholt, anscheinend um sich im Falle einer Ueberraschung damit zur Wehr zu setzen. Vermißt werden etwa 50 werthvolle Gegenstände.

Ein Omnibus von einem Eisenbahnzug überfahren. Wie aus Bromberg gemeldet wird, überfuhr der aus Berlin einlaufende Zug den Omnibus, welcher dort zwischen dem Kleinbahnhof und der Stadt Bromberg verkehrt. Der Omnibus wurde zertrümmert, ein Pferd getödtet. Menschen wurden nicht verletzt. Die Maschine des Zuges, die ebenfalls Beschädigungen erlitt, wurde ausgewechselt. Die Ursache des Unfalls war das Scheuwerden der Pferde.

Altona, 15. Februar. Auf dem hiesigen Hauptbahnhofe wurde vor einiger Zeit in einer Kiste, die bahnhofslagernd Altona abgesandt worden war, eine Kindesleiche entdeckt. Die angestellten sorgfältigen Nachforschungen haben nun ergeben, daß die Kiste aus der Gegend von Neu-Ruppin abgesandt worden ist. In Folge dessen sind die Acten der Staatsanwaltschaft zu Neu-Ruppin zur weiteren Veranlassung übermittelt worden.

Angeblich wegen Unterschlagung amtlicher Gelder ist der Dechant Meyer in Harburg verhaftet worden.

Braunschweig, 19. Februar. Der Begründer und Chefredacteur des kürzlich eingegangenen „General-Anzeigers" Sterlinko ist wegen betrügerischen Bankerotts verhaftet worden. Der Schwiegervater des Genannten ist ebenfalls, und zwar in Mainz, wegen Unterschlagung in Haft genommen worden.

Aus Duisburg berichtet die „Kölnische Zeitung": Nach zweitägiger Schwurgerichtsverhandlung wurden die Wittwe Schula aus Marxloh(?) und die Fabrikarbeiter Graat aus Hamborn, Sauter aus Schmidthorst und Schmitz aus Hamborn wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes an dem Manne der Schula zum Tode verurtheilt.

Frankenhausen (Kyffh.), 17. Februar. Vom Schöffengericht wurde die reiche Pächterin der fürstlichen Domäne Seehausen, verwittwete Frau Amtmann Dittmann, wegen Milchverfälschung zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt.

Dem Locomotivführer Fischer wurde auf der Strecke Eisenach-[illegible] beim Hinaussehen durch einen vorüberfahrenden Zug der Kopf zerschmettert.

In Wien veranstalteten die Studenten der Technischen Hochschule eine große Kundgebung, da der beliebte, zeitweilig angestellte Professor Kugelmayer durch Ernennung eines neuen Professors ersetzt wurde. Schließlich spannten mehrere hundert Studenten dem Professor Kugelmayer die Pferde aus und zogen ihn bis [illegible] „Parlament" [illegible], durch die von der neugierig herbeigeströmten Menge belebten Straßen bis zu seiner Wohnung.

Reichenberg in Böhmen, 18. Februar. Das Schwurgericht hat heute den [illegible] Anton Rieger aus Heinersdorf wegen Mordes, den er am 30. November 1890 an dem gräflich Clam-[illegible] Förster Hals im Dittersbacher Walde begangen hat, zum Tode durch den Strang verurtheilt.

Theodor von Wächter ist von dem Irrenarzt Dr. Bourel(?) in Zürich für gesund erklärt worden. Er reist zur Zeit [in] Italien, und hat vor, später wieder nach Berlin zu kommen.

Durch eine Lawine schwer beschädigt wurde dieser Tage das berühmte Hospiz vom Großen St. Bernhard. Die Schneemassen durchbrachen den Speisesaal und die Küche. Die nähere Umgebung des Herbergsklosters ist so mit Schnee bedeckt, daß man nur vom zweiten Stockwerk des Hospizes aus ins Freie gelangen kann.

Antwerpen, 18. Februar. Zwischen Zollbeamten und Schmugglern fand diese Nacht ein blutiger Kampf statt. 50 Schmuggler versuchten eine Heerde Kühe, von denen jede mit 3000 holländischen Cigarren beladen war, nach Belgien einzuschmuggeln. Als die Schmuggler sich zur Wehr setzten, feuerten die Zollbeamten. Nach Beendigung des Kampfes fand man die Leichen von zwei Schmugglern, viel todtes Vieh und 200,000 Cigarren.

In London verhaftete die Polizei einen gewissen Thomas Stone, der dringend verdächtig ist, den jüngsten Mord in der Eisenbahn verübt zu haben. Stone war der Verehrer der Ermordeten Camp, er soll mit ihr wenige Stunden vor dem Morde einen Wortwechsel gehabt haben.

Eine Explosion an Bord des spanischen Schiffes „Prinzessin von Asturien" hat Menschenleben gefordert. In dem Augenblick, wo man einen Dampfkessel an Bord setzte, platzte die Maschine. Mehrere Personen wurden getödtet, drei sind im Wasser verschwunden und siebzehn wurden verwundet, darunter ein Ingenieur.

Technik und Wissenschaft.

Auch der Amerikaner Robert Peary plant eine neue Nordpolexpedition, die durch den Smithsund gehen und dann den Sherard Osborn-Fjord an der Nordküste Grönlands zum Ausgangspunkt für den eigentlichen Vorstoß gegen den Nordpol nehmen will. An der Nordküste Grönlands liegen große Landgruppen, die bisher völlig unerforscht sind, von denen Peary jedoch annimmt, daß sie sich bis zum 85. Grad erstrecken. In diesem Falle würde dann eine weit sichere Grundlage für ein Vorwärtsdringen als die Eisfläche des Meeres gegeben sein, und vom Sherard Osborn-Fjord ab, wo der Hauptproviant aufgestapelt wird, sollen in verschiedenen Abständen weitere Niederlagen errichtet werden. Beim Endpunkte der Inselgruppe aus würde dann nach einer Ueberwinterung, um diesen Theil der Reise frühzeitig im Jahre ins Werk setzen zu können, die Schlittenreise beginnen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 19. Februar.

Heiraths-Ankündigungen. II. Postunterbeamter Hermann Scholz, ev., zu Pöpelwitz, und Maria Allnoch, kath., Kaiser Wilhelmstraße 80. — Maschinenarb. Otto Winter, kath., Neue Tauentzienstraße 32, und Martha Hellmann, kath., Königgrätzerstraße 10. —

Eheschließungen. I. Schneider Josef Strecker, kathol., mit Martha Pusch, ev., Neue Weltgasse 4. — Haushälter Gustav Langner, ev., Herrenstr. 28, mit Christiane Jaekel, Ring 5. — II. Maschinenschlosser Victor Seemann, kath., Hirschstraße 24a, mit Emma Girlich, kath., Kaiser Wilhelmstraße 14.

Geburten. I. Schuhmachermeister Gustav Gebauer, kath., T. — Arbeiter Karl Nitschke, evang., S. — Mühlenbauer Paul Muschalla, kath., S. — Tabakschneider Wilhelm Eisenach, ev., S. — Rangirer August Ludwig, ev., S. — Töpfer [illegible] Peter, kath., T. — Töpfer Theodor Grandel, kath., T. — Tischler Paul Ziegner, freirel., S. — Kutscher Johann Strolwak, kathol., T. — Arbeiter Max Scherz, ev., S. — II. Kutscher Johann Treske, ev., T. — Arbeiter Wilhelm Ulbrich, kath., S. — Eisenbahn-Schaffner Emil Riemer, ev., T. — Bureaudiener Karl Hilscher, ev., T. — Schlosser Hermann Hoinkis, ev., S. — Arbeiter Friedrich Grader, ev., S. — Schuhmachermeister Anton Baran, kath., S. — Haushälter Wilh. Grund, ev., T. — Lackirer Josef Wloka, kath., S. — Maler Ferd. Machale, kathol., T. — Schachtmeister Karl Smirr, kathol., S. — Schlosser August Fichtner, evang., S. — Hobler Paul Jungnitsch, freirel., S. — Haushälter August Bartsch, kath., S. — III. Maurer Robert Kroll, ev., T. — Haushälter Heinrich Hoppe, evang., T. — Müller Gottlieb Reinsch, ev., S. — Schriftsetzer Arthur Töpfer, kath., S. — Kutscher Ferdinand Meischke, ev., S. — Maurer Karl Mende, kath., T.

Todesfälle. I. Schuhmachermeisterfrau Caroline Burghardt, geb. Scholz, 80 J. — Elisabeth, T. des Arbeiters Adalbert Langer, 4 Mon. — Arbeiter Hermann Wermuth, 63 J. — Tischlerwittwe Pauline Rösner, geb. Ditmann, 74 J. — Richard, S. d. Tischlergesellen Robert Czeczor, 3 M. — Elfriede, T. des Maurers Ernst Speer, 5 M. — Max S. des Handelsmannes Heinrich Schneider, 8 M. — Tischler Wilhelm Schartmann, 45 J. — Uhrmacher Karl Liebr, 34 J. — Kellnerwittwe Clara Weist, geb. Kajowski, 70 J. — Tischlerfrau Bertha Langer, geborene Jungtereck, 33 Jahre. — II. Arbeiterin Anna Deutscher, 16 J. — Briefträger August Fischer, 55 J. — Alfred, S. des Bäckermeisters Paul Galke, 1 Jahr. — Wilhelm, S. d. Schlossers August Fichtner, 1½ T. — III. Minna, T. des verstorbenen Maurers August Schneider, 3 J. — Suckerin Clara Schneider, 36 J. — Paul, S. des Volksschullehrers August Benzinger, 8 W. — Möbeltischler Albert Anersch, 32 J. — Alfred, S. des Tapezierers Alois Kloppig, 18 T. — Schiffsarbeiter Karl Boringer, 44 J. — Schneidermeisterswittwe Henriette Schallschmidt, geb. Schichholdt, 59 J.

Stadt-Theater. Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag Nachmittag: „Doctor Klaus." Abends: „Hans Heiling."

Lobe-Theater. Sonnabend: „Lebemann." Sonntag Nachmittag: „Jugend." Abends: „Lebemann."

Thalia-Theater. Sonntag: „Ein toller Einfall."

Victoria-Theater. Direction: [illegible]. Vollständig neues Programm. Preise: Nummerirt 1 Mark, res. Platz 75 Pf., Entree 50 Pf. [illegible] 75 Pf. [illegible]

Gebr. Roesler's Brauerei. Täglich 665 Große Künstler-Specialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag, Mittags v. 11—2 Uhr, Frei-Concert [illegible]

Achtung! **Parteigenossen!** Achtung!
Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags 4 Uhr, Lohestraße 100:
Partei-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur diesjährigen Maifeier. 2. Discussion. 3. Ersatzwahl eines Vertrauensmannes. 4. Neuwahl der Preßcommission.
Die Genossen sowie Genossinnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Entree 10 Pf. Der Einberufer.

Deutsche Friedensgesellschaft Ortsgruppe Breslau. Montag, den 22. Februar cr., Abends 8½ Uhr, im kleinen Saal des Concerthauses, Gartenstraße 39/41: **Jahres-Versammlung.** 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Dr. Lemberg: „Der Gedanke der internationalen Schiedsgerichte u. seine Gegner." 2. Geschäftliche Mittheilungen [illegible]. Entrée für Herren und Damen aller Stände frei.

Geld [illegible] **R. Schweickard** [illegible]

30 neue und 2 gebrauchte [illegible] billig zum Verkauf. [illegible] **S. Freund**, [illegible]

[illegible]

Rechtsconsulent [illegible], Breslau, Nikolaistr. [illegible]

Vereins-Kalender.
Breslau.
Sonnabend, den 20. Februar:
[illegible]

Krankenunterstützungs-Bund der Schneider (G. H. Braunschweig)
Sonntag, den 21. Februar 1897, im „Tivoli", Neudorfstraße 35:
Stiftungs-Fest
der Zahlstelle Breslau,
bestehend in **Soiree und Tanz.**
Programme beim Bevollmächtigten H. Schelske, Gummerei 24.
Einlaß 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr.

Krankenunterstützung und Sterbekasse Breslauer Maurergesellen (Eingeschriebene Hilfskasse).
Ordentliche **General-Versammlung**
Mittwoch, den 24. Februar 1897, Abends 6½ Uhr, in Friedrich's Local, Mauritiusplatz 4.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Frauenbildungs-Verein Katharinenstraße 18. **Abend-Unterricht** 1778 in Fabrik-, gewerbl. und häusliche Schneiderarbeiten. Rechnen: 20 Lektionen 3 Mk. Eintritt täglich. Nähen, Hand- und Maschinennähen monatlich 1 Mark.

Dienstag, 23. Februar: Vortrag von Fred. Tschirn i. d. Halle Grünstr. 6.

Verantwortlicher Redacteur: Ernst [illegible] — Redaction und Expedition: Neue Graupenstraße 5-6. — Verlag von O. Schütz & Co.; Druck von Th. Schatzky. — Sämmtlich in Breslau.

Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/8 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 90 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7040.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt".

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44. Montag, den 22. Februar 1897. 8. Jahrgang.

Eine neue Liebesgabe für die Junker.

Die 22. Versammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer", jener Organisation, welche die deutsche Zollpolitik, unter deren Druck das Volk nunmehr fast zwei Jahrzehnte schon leidet, eingeleitet hat, faßte einen Beschluß, der auf nichts anderes abzielt, als: Der Staat soll die Schulden der Junker aufkaufen!

Der Plan ist dieser: Der Staat soll ein unbeschränktes Capital, verzinsbar mit 3 Procent, den einzelnen Provinzial- bezw. Landesverbänden zur Verfügung stellen, welche dieses Capital zu dem gleichen Procentsatz an die Grundbesitzer zu verleihen haben; den Grundbesitzern soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Privathypotheken auf die Provinzialverbände zu übertragen, d. h. wer jetzt eine Privathypothek zu 4 oder 5 Procent hat, wird sie dann dem Staat aufhalsen, dem er nur 3 Procent zu bezahlen haben wird. Es handelt sich um eine Verstaatlichung der Hypotheken in einer versteckten Form. In diesem speciellen Fall ist es noch besonders kennzeichnend, daß der Staat, der gerade jetzt seine eigenen Schulden zu $3^1/_2$ Procent convertirt, den Junkern das Capital zu 3 Procent verleihen soll! Danach ist auch der Werth der Vertröstung zu bemessen, welche die Agrarier doch wohl aus Schamhaftigkeit für nöthig hielten, ihrem Beschluß anzufügen, nämlich, daß, wenn der Staat Hypotheken zu 3 Procent ausgiebt, der Hypothekenzins überhaupt sinken wird, folglich die Gutsbesitzer ihre alten Verbindlichkeiten behalten werden und die Conversion in mäßigen Grenzen ablaufen wird. Das stimmt durchaus nicht; die schlauen Junker übersehen die zweite Möglichkeit: daß nicht der Zinsfuß der Privatbanken, sondern der Cours der staatlichen Schuldverschreibungen sinken wird.

Durch diese Maßnahmen würde der Staat sich nur in neue, gewaltige Schulden stürzen und die materiellen Verluste der verschuldeten Gutsbesitzer auf sich übernehmen. Daß aber den Junkern selbst dann noch nicht geholfen wäre, wenn der Staat thatsächlich ihre sämmtlichen Schulden aufgekauft hätte, daran ist kein Zweifel, denn dies liegt im Wesen des capitalistischen Grundbesitzes. Die capitalistischen Grundherren klagen immer: sinkt mit den Getreidepreisen die Grundrente, so klagen sie, daß sie die Hypothekenzinsen nicht bezahlen können, und steigt mit den Preisen die Grundrente, so nehmen sie neue Hypotheken auf, so steigt die Verschuldung; schließlich je niedriger der Zinsfuß, desto höher wiederum die Verschuldung — immer muß der Staat zuschießen und nie kann er es genug thun, denn auf jeden Zins- oder Steuernachlaß, jeden Zoll, nehmen die Junker sofort eine Hypothek auf. Die Unverschämtheit der Agrarier zeigt sich in ihrer ganzen Pracht, wenn man das jetzige Project der Hypothekenverstaatlichung mit dem Kanitzschen Getreidemonopol verbindet. Dann würde die Situation so sein: Der Staat kauft den Junkern das Getreide ab zu einem Preis, der höher ist, als der gewöhnliche Marktpreis. Dieser Zuschlag, der mit dem Gelde der Steuerzahler resp. auf Kosten des verbrauchenden Volkes bezahlt wird, dient dazu, den Reinertrag des Gutes zu erhöhen. Damit steigt der Bodenpreis. Je höher der Bodenpreis, eine desto höhere Hypothek kann aufgenommen werden. Und nun soll noch der Staat verpflichtet sein, diese Hypotheken zu gewähren, der Junker aber soll dafür einen Zinsfuß bezahlen, der niedriger ist, als der gewöhnliche. Der Staat soll dem Junker für das Getreide mehr bezahlen, als es auf dem Markte werth ist, er soll den Werth seines Grundstücks künstlich in die Höhe treiben, daraufhin dem Junker eine Anleihe gewähren, die ebenfalls entsprechend übermäßig hoch ist, und diese Anleihe mit einem Zinsfuß berechnen, der unter dem gewöhnlichen steht. Was kann man noch mehr wünschen? Wenn aber die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit oder Lohnerhöhung fordern, dann sind die Agrarier am ersten da, um ihnen Begehrlichkeit vorzuwerfen! Die „Begehrlichkeit" wird vom Gesichtspunkte der Reichen nach dem Besitz bemessen. Wer nichts hat, ist schon „begehrlich", wenn er sich wenige Pfennige mehr wünscht, wer aber Millionen hat, der ist selbst dann nicht „begehrlich", wenn er noch Hunderttausende fordert.

Politische Rundschau.

— Aus dem Reichstage. Berlin, 20. Februar. In der heutigen Sitzung, die der Berathung des allgemeinen Pensionsfonds gewidmet war, überwog das Uninteressante. Belebt wurde sie durch eine Rede Bebel's über die Offizierspensionirungen, denen er die Mannschaftspensionirungen, zu denen man sich nur mit Hängen und Würgen entschließt, gegenüberstellte. Der Kriegsminister behandelte diese Kritik in gewohnter Weise als einen Eingriff in die Rechte der Krone. Außerdem focht der süddeutsche Volksparteiler Galler einen Strauß mit dem württembergischen Kriegsminister, Freiherrn Schott von Schottenstein, aus. Die Militärconvention zwischen Preußen und Württemberg über das Avancement der Offiziere aus beiden Ländern in der württembergischen Armee gab den Stoff ab. Herr von Schottenstein trat heute viel weniger schneidig als vor einigen Tagen auf, wo er dem preußischen Vorbild erfolgreich nachgeeifert hatte. Sonst wurde noch die Einstellung von Militäranwärtern in den Communaldienst, wie sie das Gesetz von 1893 vorschreibt, in aller Ausführlichkeit erörtert. Zufrieden ist Niemand mit dieser Vorschrift. Die Debatte endete mit der fast einstimmigen Annahme eines Antrages des Abg. Gröber, der möglichste Rücksichtnahme auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wünscht. Der Antrag der süddeutschen Volkspartei auf Verminderung der Offizierspensionirungen fand nicht die Mehrheit.

— Die Commission für Arbeiterstatistik trat Sonnabend unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Directors im Reichsamt des Innern Dr. v. Woedtke zur Feststellung des von ihr zu erstattenden Berichts über das Ergebniß der die Verhältnisse in der Kleider- und Wäscheconfection betreffenden Untersuchung zusammen. Der von dem Director des Kaiserl. Statistischen Amts Dr. v. Scheel als dem Referenten der Commission ausgearbeitete Entwurf wurde von der Commission mit unwesentlichen Abänderungen genehmigt. Der Bericht, welcher die Ergebnisse der Schlußberathung der Commission enthält, ist nunmehr dem Herrn Reichskanzler zu überreichen.

— Die zur Handwerkervorlage im Bundesraths-Ausschuß eingebrachten 62 Abänderungs-Vorschläge, welche Minister von Boetticher als von einer einzigen Regierung herrührend im Reichstage unlängst erwähnte, sollen nach der „Nationalzeitung" badischen Ursprungs sein.

— Eine Berichtigung seiner Angaben über die Königsberger Börsengarten-Affaire muß sich der Kriegsminister von Goßler gefallen lassen. Er hatte im Reichstage behauptet, daß Seitens der Militärmusik kein Contractbruch vorliege, weil der Vorstand der Börsengartengesellschaft ausdrücklich auf das Concertiren der Militärmusik verzichtet habe. Jetzt veröffentlicht der Secretair der Börsengartengesellschaft in der „Hart. Ztg." eine Erklärung, in der er bestreitet, die Militärcapelle aus dem Contract entlassen zu haben.

— Zur Reichstagsdebatte über den Achtstundentag bemerkt die „Sächsische Arbeiterzeitung": Bekanntlich steht für die bevorstehende Verhandlung ein Zusatzantrag mit zur Berathung, wonach der Bundesrath Erhebungen über die Fälle übermäßig langer Arbeitszeit veranstalten soll, um eventuell dagegen Vorschriften zu erlassen. Wir erinnern nun daran, daß der Gothaer Parteitag den Beschluß gefaßt hat, die Fraction solle die Veranstaltung einer Enquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn im Deutschen Reich überhaupt beantragen. Da die Gelegenheit gerade jetzt wegen des erwähnten, bereits aus der Mitte des Reichstages gestellten Antrages einer partiellen Erhebung, der auch sehr gute Aussichten hat, angenommen zu werden, besonders günstig ist, so wäre zu erwarten, daß die Fraction dafür Sorge tragen wird, den Beschluß des Parteitags in diesem günstigen Augenblick in Ausführung zu bringen. Daß nur eine Erhebung über Arbeitszeit überhaupt, und zwar in Verbindung mit dem Arbeitslohn, eine zuverlässige statistische Grundlage abgeben kann für die Regelung der Arbeitszeit, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden.

— Ueber das Begnadigungsrecht leitartikelt die „Nordd. Allg. Zeitung". Das officiöse Blatt schreibt im letzten Absatze dieses Artikels: Mögen daher die Blätter, welche sich keine Begnadigung wegen Duells oder Amtsüberschreitung entgehen lassen, in Zukunft gewissenhaft auch andere Gnadenacte, so namentlich bei Majestätsbeleidigungen, registriren! — Wir erklären uns sehr gerne bereit, auch die Begnadigungen von Leuten, die wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt sind, zu registriren. Leider ist uns in der Presse noch nie ein derartiger Fall aufgestoßen, und von unseren Collegen in der Presse ist unseres Wissens auch kein „Majestätsbeleidiger" in den letzten Jahren begnadigt worden.

— Mündliche Verhandlungen zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung, welche am Freitag Mittag stattfanden, haben zu einem Ergebniß nicht geführt, weil die Freisinnige Vereinigung wieder auf die in dem bekannten Schriftwechsel Seitens der Freisinnigen Volkspartei wiederholt abgelehnte Forderung einer Allgemeinen Erklärung zu Gunsten des Fractionsbesitzstandes zurückkam. Die Freisinnige Volkspartei machte dagegen den Vorschlag, statt von oben herab durch Allgemeine Erklärungen von unten herauf unter Inbetrachtnahme der einzelnen Gegenden zunächst die überwiegend vorhandene Einigkeit der Wählerschaften festzustellen und alsdann noch übrig bleibende Gegensätze in einzelnen Wahlkreisen individuell in Betracht zu ziehen. Dieser Vorschlag wurde Seitens der Freisinnigen Vereinigung rundweg abgelehnt. Die Verhandlungen haben durchaus ergebnißlos geendet.

— Für die gesetzliche Regelung des Apothekenwesens haben im Auftrage des Reichskanzlers

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Ruederer.

Nachdruck verboten.

Aengstlich suchte er sich gegen jede Gemüthsbewegung zu wappnen. Wenn er in's Wirthshaus kam und beim Eintreten kichelnde Redensarten hörte, so that er nicht dergleichen, und wenn er Anna besuchte, so erzählte er der Kranken alberne Tagesneuigkeiten; ihren Augen, die starr auf ihm ruhten, wich er beständig aus. Für die Veränderung, die mit dem Mädchen vorgegangen war, seitdem sie der Geistliche täglich besuchte, war er blind und nahm es ruhig hin, daß sie ihm niemals eine Antwort gab. Um so rascher konnte er wieder auf und davon gehen. Man hinterbrachte ihm, daß Göpfert in gemeinster Weise über ihn und Anna räsonnirt habe — auch das schluckte der Lehrer geduldig hinunter und nahm die Einladung zur Hochzeit an, wo er diesem Menschen gegenüber sitzen sollte. Er fürchtete, daß es auffallen könnte, wenn er ablehnte, wo sich doch auch der Benefiziat an der Tafel betheiligte.

Als er nun von der Kirche heimkam, beschlich ihn so ein as, wie eine Befriedigung, daß er den Ansturm, der ihm durch Hansls Abschied gedroht hatte, so tapfer zurückgeschlagen. Er konnte sich doch schon recht gut beherrschen!

Da fiel ihm ein großes Couvert auf, das die Hausbälterin im Vorplatz eben dem dicken Kaspar in die Mappe legte. Ein wahnsinniger Schrecken durchzuckte ihn.

„Grüaß Gott, Herr Lehrer", rief der Postbote.

„Grüß Gott, Kaspar", war die Antwort. Eilends huschte der Lehrer in sein Zimmer. Als er aber die Thüre geschlossen hatte, da fiel die Maske der Ruhe von seinem Gesichte und eine fieberhafte Angst verzerrte seine Züge. Was war das für ein Brief? An wen ist er adressirt? Wenn es die Anzeige wäre! Wenn die Ernennung, die vielleicht schon unterwegs war, rückgängig gemacht würde!

Er griff sich in die Haare und zog an dem festgehaltenen Büschel, als wollte er den Schädel in Stücke reißen. Dabei lief er durch das Zimmer und murmelte beständig: „Der Brief, der Brief." Was enthielt er nur? Er mußte es wissen, koste es, was es wolle!

Die sichere Ueberzeugung, daß hier etwas Schreckliches im Gange war, raffte ihn zu einer Energie auf, die ihn das Aeußerste unternehmen ließ.

Schleunigst verließ er das Zimmer und polterte die Treppe hinab. Dann sauste er dem Postboten nach. Unten im Dorfe sah er ihn gemächlich dahinbummeln.

„Kaspar! Kaspar!" kam er athemlos herbeigerannt. „Ach, ich bin g'laufen", lachte er, „Herrgott, bin ich g'laufen, Kaspar, Sie — — Sie — — passen S' auf Kaspar, Sie sollen mir den großen Brief wiedergeben, hat der Benefiziat g'sagt, es is ihm noch was eingefall'n, glaub i."

Ohne Argwohn öffnete Kaspar seine Ledertasche und suchte.

„Den da?" fragte er endlich und hielt ein großes Schreiben in die Höhe.

„An die königliche Districtsschulinspection zu Mariakirchen. Zu Händen des Herrn Dekan Hauber", las Gattl und erbleichte.

„Ja, der is' s scho, Kaspar."

„Da haben S' ihn Adje Herr Lehrer."

„Adje, Kaspar."

Als der Postbote seines Weges gegangen war, sah sich Gattl nach allen Seiten um und eilte, den Ellenbogen auf die klopfende Brust gestemmt, wo das Schriftstück geborgen lag, mit trippelnden Schritten um das ganze Dorf. Er meinte sein Schicksal mit sich herum zu tragen und ein seltsam juckendes Gefühl in den Armen ließ ihn die Hände reiben. Er hatte noch Alles in seiner Gewalt, der Brief gehörte ihm, ihm ganz allein. Ha, ha! So leicht sollte er ihm nicht entrissen werden. Nein, nein, nein! Es weiß ja noch Niemand etwas davon, der alte Dekan nicht, das Bezirksamt nicht, die Regierung nicht, nur er allein weiß etwas!

Am ganzen Körper zitternd trat er in ein kleines Gehölz und hielt den Brief gegen die Sonne. Vergebens! Das starke Kanzleipapier verrieth keinen Schriftzug. Gattl drehte es nach rechts und links und rieb mit beiden Händen an den glatten Flächen.

„Ich hab's noch, ich hab's noch", murmelte er und lächelte merkwürdig. „Ich hab's noch!"

Plötzlich riß er das Couvert in Fetzen. Erst erschrak er heftig über diesen Gewaltstreich, den er ausgeführt hatte, er wußte selbst nicht wie, dann aber flog der Briefbogen auseinander und Gattls Augen irrten über die großen Buchstaben hinweg. Er übersprang einige Zeilen und suchte eilig nach jenen Worten, die ihm sofortige Gewißheit verschaffen konnten! Halt! Da stand sein Name, dort las er Anna Balder — Schande — Unsittlichkeit — Aergerniß — schamloses Verhältniß — strenge Bestrafung — verharre — Erfurcht —.

Einen wahnsinnigen Schrei stieß der Lehrer aus und rannte vor das Gehölz. Geradewegs jagte er über die Felder dahin und hielt dabei den zerknitterten Brief in der Rechten. Immer weiter und weiter stürmte er zu, als ob ihn der Satan verfolgte. Er merkte nicht, was er niedertrat und wohin die Verzweiflung ihn jagte. Nur das fühlte er noch, daß ihm in dem keuchenden Laufe wohler war, als wenn er in dumpfem Dahinbrüten den Unheilsbrief anstarrte, den er jetzt in die Tasche schob.

Bäume, Hügel, Berge huschten an ihm vorbei. Bald tappte er in eine Wiesenquelle, dann jagte er über die aufgekeimte Saat hinweg, und stampfte tiefe Löcher in die zarte Erde. Der Abend sank in das Thal herab und in der Ferne schimmerten Lichter.

(Fortsetzung folgt.)

die Bundesregierungen amtliche statistische Erhebungen angestrebt. Das Material ist vom kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitet worden und bildet einen stattlichen Band, der soeben im Verlage von Springer erschienen ist, dem die „Voss. Zeitung" Folgendes entnimmt:

Insgesammt wurden am 1. Juli 1895 einschließlich 185 Filialen 5161 Apotheken ermittelt gegen 4680 am 1. April 1887; die Zunahme betrug also 10,3 v. H. In Preußen ist die Zahl von 2532 auf 2898 (14,5 v. H.) gestiegen. Durchschnittlich kam (wie 1887) auf je 10,000 Einwohner eine Apotheke. Die 5161 Apotheken im Reiche zerfielen nach ihrem Besitzverhältniß in 1820 privilegirte ꝛc., 3116 concessionirte, 3 sonstige, 37 im Besitz der Krone ꝛc. befindliche und in 185 Filialen. 1369 = 26,5 v. H. wurden ohne pharmaceutisches Hilfspersonal betrieben, 1976 mit je 1, 1094 mit je 2, 379 mit je 3, 234 mit je 4 und 91 mit je 5 oder mehr pharmaceutischen Hilfspersonen. Die Gesammtzahl des pharmaceutischen Apothekenpersonals belief sich auf 12,036 oder 2,3 im Verhältniß zu je 10,000 Einwohnern. Darunter waren 5209 Betriebsleiter und 6827 Hilfspersonen, unter denen auf nahezu zwei Gehilfen je ein Lehrling kam. In Dispensiranstalten und Civilkrankenhäusern wurden 188 ermittelt, 9 weniger als 1887. Die Zahl der ärztlichen Hausapotheken hat sich von 415 auf 533 erhöht; unter diesen bildeten etwas weniger als den fünften Theil die homöopathischen, die bis auf 11, nämlich 90 von 101, in Preußen lagen.

— Das Organ der National-Socialen, die „Zeit", hatte der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe, der Vorstellung im Circus Busch, eine gar liebreiche und freundliche Besprechung gewidmet und u. A. erklärt, daß die Naumannsche Richtung sich weit eher mit dem Bunde abfinden könne als mit den Conservativen! Die „Conservative Correspondenz" schreibt nun: „Wir glauben nicht, daß die Landwirthe durch solches Um-den-Bart-gehen sich beirren lassen werden. Das Hauptziel der National-Socialen: die Organisation der Landarbeiter zu einer Hilfstruppe der Socialdemokratie, ist den Landwirthen viel zu gut bekannt, als daß sie sich durch einige „wohlwollende" Worte auf die national-sociale Leimruthe locken lassen könnten." Wie überschätzt die „Conservative Correspondenz" doch die National-Socialen!

— Dortmund, 20. Februar. Wie der „Dortm. Generalanzeiger" meldet, fand heute in dem Sichtermann'schen Locale zu Barkau ein Localtermin in Sachen des Wiederaufnahmeverfahrens im Meineidsprocesse wider Schröder und Genossen statt. In der Verhandlung, welche der Landgerichtsdirector Jerusalem leitete und bei welcher der Staatsanwalt Mentell und der Rechtsanwalt Dr. Niemeyer zugegen waren, wurden mehrere neue Zeugen vernommen. Es hatte sich eine große Volksmenge eingefunden, auch war ein Gendarmerie-Aufgebot zur Stelle.

— Gegen die Wahl im zweiten badischen Wahlkreise hat dem „Offenburger Volksfreund" zufolge das socialdemokratische Wahlcomitee Protest an den Reichstag erhoben.

Oesterreich-Ungarn.

In der allgemeinen Wählerkurie in Wien spielt sich der Hauptkampf ab zwischen Christlich-Socialen und Socialdemokraten. Die Antisemiten oder Christlich-Socialen haben die Liberalen geworfen, jetzt sind sie selbst in der Defensive und müssen sich hüten, daß die Macht, die aus der Tiefe des arbeitenden Volkes heranwächst, nicht sie selbst wiederum zu Boden wirft. Freilich, bei der Ungerechtigkeit des Wahlsystems ist daran nicht zu denken, daß die Socialdemokratie den verbrüderten Antisemiten und Klericalen ein großes Stück des parlamentarischen Gebietes abnehmen könnte; im Gegentheil, diese Leute werden als die „Sieger" aus dem Wahlkampfe hervorgehen. [illegible]

Mann, der „mehr Häuser habe, als Lueger je Wohnungen gehabt habe"; er stehe in Verbindung mit den reichen Juden, welche das Geld zur Agitation geben und was solcher Blödsinn mehr ist. Auch der edle Prinz Liechtenstein versteht das Handwerk: Die Socialdemokratie sei an dem Panamascandale schuld und sie verherrliche die republikanische Staatsform, unter der solche Dinge geschehen. Es lohnt sich nicht, auf all solchen und ähnlichen Unsinn ein Wort zu erwidern; die Ausführungen sollen nur einen Begriff geben, in welcher Weise hier die Antisemiten, christlich-ehrlich und social-gerecht, den Wahlkampf führen. Die traurigen Gesellen vergessen nur, daß Gemeinheit und Lüge zwar vielleicht eine Weile lang ein urtheilsunfähiges Spießerthum bethören können, daß dann aber der Umschlag ein um so rapider sein muß. Die niedrige Kampfesweise der Antisemiten wird sich an ihnen selbst am meisten rächen.

Holland.

Das neue holländische Wahlgesetz enthält die Bestimmung, daß nur die sogenannten Steuerwähler ohne eigene Anmeldung auf die Wählerliste kommen. Diejenigen, welche auf Grund ihrer Miethe, ihres Lohnes u. s. w. Wähler werden wollen, müssen sich dazu anmelden. Auch sind Diejenigen, welche ihre Steuer nicht zahlen, ausgeschlossen. Vergangene Woche (7. bis 15. Februar) war die Zeit dieser Anmeldung, und es scheint, daß die Speculation der Reactionäre auf den Indifferentismus der Massen völlig gelungen ist. Die Zahl Derjenigen, welche sich für das Wahlrecht anmeldeten, ist verhältnißmäßig nur sehr gering. In Städten, wo fast jeder Arbeiter Wähler hätte werden können, haben Tausende sich nicht angemeldet. Allerdings hat die bürgerliche Presse dazu das Ihrige beigetragen, um die Leute abzuschrecken mit der Drohung: Jeder, der sich als Wähler anmeldet, wird zu der neuen Personalsteuer veranschlagt werden. So weit es sich jetzt übersehen läßt, wird die Wahlrechtausdehnung nicht so weit gehen, als erwartet wurde. Das ist aber auch jetzt schon deutlich: Das Wahlgesetz ist eine Waffe für eine kräftige Socialdemokratie, gerade weil die Massen der bewußten Arbeiter zur rechten Zeit für ihr Wahlrecht sorgen werden und die Indifferenten, welche in Wahlzeiten ja immer die Hilfstruppen der Reaction ausmachen, nicht.

Die Agitationstouren, welche unsere Partei organisirte, bringen ein ganz neues Leben hervor. Vornehmlich die bürgerlichen Radicalen sind wüthend über das Auftreten unserer Partei, welche sich nicht in's Schlepptau nehmen läßt. Die „revolutionären" Anti-Parlamentarier hatten es den Herren durch ihre Abstinenz so bequem gemacht und nun kommt diese socialdemokratische Arbeiterpartei und wirft das Kartenhaus der bürgerlichen Reformer, welche sich die Stimmen der Arbeiter schon zugerechnet hatten, wieder über den Haufen! Schade für die bürgerlichen Reformer, aber nicht für die Arbeiter.

Nachdem die Agitationstour des Genossen Liebknecht durch die holländischen Akademiestädte so völlig gelungen ist, werden dieser noch mehrere folgen. In der nächsten Woche spricht der französische Genosse Lafargue über das Thema „Socialismus und Darwinismus".

Deutscher Reichstag.

181. Sitzung vom 20. Februar, 1 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat für den Allgemeinen Pensionsfonds.

Dazu liegt außer dem bereits mitgetheilten Antrag Augst (südd. Vp.) über die Militärpensionen folgender Antrag Gröber (Centr.) vor: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die vom Bundesrath [illegible]

Abg. Bebel (Soc.): Ich muß mich zunächst dagegen verwahren, daß der Abg. Lieber es für nöthig hält, für die Auskunft der Regierung über die Pensionirungen lebhaft zu danken; denn [illegible] Auch der Vergleich

mit Frankreich stimmt nicht; hier muß man die große Colon
armee und das Klima der Colonien in Betracht ziehen, sowie
Kriege, die dort geführt worden sind.

Der Kriegsminister hat in der Commissionsberathung stritten, daß für Offiziere, die in der betreffenden Dienststelle brauchbar seien, aber im Avancement übergangen würden, Zwang bestehe, ihren Abschied zu nehmen. Richtig ist, daß es gesetzliche Vorschrift dieser Art giebt; Thatsache ist aber auch, ein übergangener Offizier regelmäßig seinen Abschied nimmt, in kurzer Zeit einen so deutlichen Wink mit dem Zaunpfahl erh daß ihm gar nichts übrig bleibt, als scheinbar freiwillig, Wahrheit unter dem allerschärfsten moralischen Druck, den Absc zu fordern. Was diese Freiwilligkeit zu bedeuten hat, dafür spr der Brief aus dem Jahre 1888, der kürzlich als Antwort auf Erklärung des Kriegsministers durch die Presse ging; er bet bayerische Verhältnisse; die sind aber ganz dieselben wie im übri Deutschland; es wird darin ein Major von dem Oberstlieuten Melchior ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß er November 1886 in der Beförderung fortgesetzt übergangen wor sei, und daß wohl die Gründe der Nichtbeförderung von sei Untergebenen errathen würden; die Uebergehung könne wohl die Dauer nicht ohne Einfluß auf seinen Gesundheitszust bleiben u. s. w.; mit keinem Wort ist gesagt: Sie müssen den schied nehmen; der Wink ist aber so deutlich, daß dem Offizier ni anderes übrig bleibt. Die Verminderung in den Pensionirun in den letzten Jahren, die Herr General v. Biebahn hervor erklärt sich aus der bedeutenden Verstärkung der Armee und dadurch dringend erforderten Ausgleichung der beträchtli Manquements; bei diesem Offiziersmangel konnten begreifli Weise keine überflüssigen Pensionirungen in den unteren Char stattfinden; aber in den höheren Chargen ist keine Aenderung getreten. Das Durchschnittsalter der zur Pensionirung gelang Hauptleute beträgt nach einer Zusammenstellung der „Hambur Nachr." in Deutschland 41, in Frankreich 52 Jahre, der Regimen commandeure in Deutschland 51$^{1}/_{3}$, in Frankreich 59 Jahre, und weiter bis in die obersten Chargen hinauf erhebliche Differe erheblichsten in den unteren. Ich glaube nicht, daß die Anspr an die Offiziere in Deutschland höher sind als in Frankreich, Klima Frankreichs wirkt eher ungünstiger, aber doch müssen Offiziere dort ihrem Lande weit länger dienen als bei uns. Jahren einmal hat der Kriegsminister meine Auffassung des „blauen Briefes" zurückgewiesen; der blaue Brief wurde du schnittlich mit großer Freude aufgenommen, aber das würde ein ungünstiges Licht auf den Pflichteifer der betr. Offiziersk werfen; der blaue Brief enthält in der That den deutlichen Wi Sie erscheinen überflüssig, mit Ihrer Stelle ist eine änderung beabsichtigt. Was geschieht, wenn der Offizier dar nicht reagirt, dafür haben wir hier das Beispiel; für gewöhn entdeckt der betreffende Herr, daß er nicht mehr felddiensttaug ist, daß er einen Fehler habe; welchen, das weiß er selbst ni aber der Regimentsarzt, mit Hörrohr, Bleistift und Notizbuch waffnet (Heiterkeit), findet ihn schon. Die höheren Chargen stätigen die Dienstuntauglichkeit; sie haben den Betreffenden ni einmal gekannt: die Bescheinigung des Arztes genügt, und der weiß schon, was er zu thun hat. Dagegen Prinzen und fürstl Herrschaften werden niemals felddienstuntauglich, ihre Fähigkei mögen noch so gering sein; sie haben den blauen Brief nicht fürchten. In der Broschüre eines pensionirten Offiziers steht lesen, daß in seiner Compagnie in 7 Jahren nicht weniger 6 Compagniechefs pensionirt wurden, und von Bataillonscomm deuren nicht weniger als 8. Die Zahlen, die uns vorliegen, wer dasselbe bedenkliche Licht auf die Zustände in der Armee, und haben allen Grund, uns dagegen zu wenden. Wie schwerhörig man dagegen bei den unteren Chargen, wenn ein gemeiner Sol kommt und sagt, er habe ein Uebel während seiner Dienstzeit zugezogen! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Da geli der Nachweis, daß das Uebel in der Ausübung seines Dienstes standen sei, selten genug; der gemeine Mann hat in dieser Richt schwer zu kämpfen. Redner führt den Fall eines Schlossers Magdeburg an, der, mit Lust und Liebe Soldat, sich im Die einen Bruch zuzog und entlassen werden mußte, aber nicht ei Pfennig Pension erhielt; ferner den eines Mannes aus Halle, weil er schwer aufstand, eines Morgens vom Unteroffizier Kanne kalten Wassers über den Kopf gegossen bekam, ohnmäch zusammenbrach, und nicht wieder gesund wurde, aber auch ni die geringste Pension erhalten konnte. Ein dritter Fall geht Marine an; es handelt sich um einen Matrosen Namens Schram bei dem sich nach einer Reise aus Australien Geisteskrankheit stellte. Er wurde zuerst ins Militärhospital, dann in das städti Hospital, schließlich in die Provinzialirrenanstalt übergefüh 409 Mark Geld und andere Gegenstände, die er mitgebracht hat wurden zurückbehalten und schließlich der Vater für die Kosten Behandlung haftpflichtig gemacht! Da der Vater mittellos ist, m die arme Gemeinde Mariendorf bei Berlin die Kosten tragen, die Marinebehörde bestreitet, daß der Wahnsinn während Dienstes entstanden ist! Dabei kann die Krankheit nur im heiß Klima entstanden sein, da in der Familie sonst kein Wahnsinn vo handen ist. Wenn der Staat in solchen Fällen seine Verpflichtu zur Unterstützung anerkennen würde, so würde das allgemein große Wohlthat empfunden werden. Wie leicht vermöchte das Staat, wenn die Massenpensionirungen von Offizieren aufhörte (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Abg. Galler (südd. Vp.): Unser Antrag ist eine wörtli Abschrift eines Antrags, den die bayerische Centrumsfraction ei gebracht hat und für den sogar Prinz Ludwig, der bayerische Thro folger, gestimmt hat; Herr Lieber ist also gouvernementaler als königlicher Prinz. (Heiterkeit.) Das Volk hat ein Recht, hier m zureden: andernfalls regieren Sie lieber allein. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Goßler: Ich möchte doch bitten, die Sa nicht auf die Spitze zu treiben, und hier nicht unzweifelhafte Rec des Kaisers anzutasten. (Sehr richtig! rechts.) Ihre Antr werden auf die Entschließungen des Kaisers keinen Einfluß üb (Hört! hört! links.) Die Ausführungen des Abg. Bebel sind m unrichtig: die Zahl der Pensionirungen bei Mannschaften ist v hältnißmäßig viel größer als bei Offizieren.

Württemb. Kriegsminister Frhr. Schott von Schotte stein erklärt gegenüber einer Ausführung des Abg. Galler, d ein Appell an den Particularismus bei den württembergisch Offizieren keinen Widerhall finden werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Ich selbst habe mich, sogar sch in der Commission, gegen das Anwachsen des Pensionsfonds wendet, also dem Reichstage keine unwürdige Rolle zugemut Aber wir müssen uns in den Grenzen unserer Competenz halte die Volksversammlungsreden des Herrn Galler können ni imponiren. Wir behalten uns alle Kritik vor, sind aber Commandogewalt doch dankbar für ihre ausführlichen M theilungen.

Abg. Bebel (Soc.): Herrn Lieber möchte ich erwider Weniger wäre mehr gewesen. In meiner Rede habe ich mit fe Stube die Rechte des Reichstages und die Rechte des obersten Krieg herrn gegenseitig abgewogen. Ich möchte aber Herrn Lieber frag wie erklärt er den Widerspruch zwischen seiner Haltung und Haltung der bayerischen Fraction des Centrums. Wenn sogar Prinz hier kein Antasten der Kronrechte sieht, wie kommt Abg. Lie dazu? In Bayern und Württemberg hat man es verstanden, dem unabhängigere Stellung sich in Militärfragen zu sichern. muß einmal gesagt werden. Wenn wir hier eine inferiore Stell der Regierung gegenüber einnehmen, so ist der Reichstag selb daran Schuld. Der Militärverwaltung gebührt kein Dank für Mittheilungen. Wenn sie nicht antwortete, konnte der Reichst ja sagen, gut, dann bewilligen wir kein Geld. Der Kriegsmini sagte, auf die Entschließungen des Kaisers würden unsere Antr keinen Einfluß üben. Welche Wirkung Anträge des Reichstags dem Kaiser üben, ist seine Sache, aber ein Reichstag, der sich Würde bewußt ist, muß wissen, was er zu thun hat, wenn Wünsche fortwährend unberücksichtigt bleiben. Der Reichstag

wirkungsvolle Mittel genug, zu verhindern, daß mit ihm das Spiel der Katze mit der Maus getrieben werde. (Sehr richtig! links.) Die Majorsecke scheint mir doch die gefährliche Ecke im Avancement zu sein. Der Kriegsminister weiß auch jedenfalls viel besser wie ich, daß die pensionirten Hauptleute aus Gnade den Titel Major verliehen bekommen, vielleicht, damit sie auch eine höhere Pension erhalten. (Widerspruch im Centrum und rechts.) Soll ich falsch unterrichtet sein, so bin ich Belehrungen zugänglich und für jede Aufklärung dankbar. Ich kann nur als Laie urtheilen und über die Auffassung im Volke sprechen. Die von mir vorgetragene Auffassung von dem geringen Werth der sogenannten ärztlichen Qualificationsatteste wird im Volke sehr vielfach getheilt.

Abg. Galler (südd. Vp.) erklärt, daß Herr Lieber ihn nicht widerlegt habe und daß seine Zahlen von der Militärverwaltung nicht bestritten werden könnten.

Generalmajor von Viebahn giebt zu, daß in den letzten zehn Jahren eine Steigerung der Pensionen um 105 pCt. stattgefunden habe.

Abg. Dr. Lieber bestreitet, daß zwischen ihm und dem bayerischen Centrum ein Widerspruch bestehe.

Generalmajor von Viebahn bestreitet sein rigoroses Verfahren bei Mannschaftspensionirungen, besonders werden Leute, die durch Mißhandlungen zu Schaden gekommen sind, ausreichend pensionirt.

Abg. Bebel (Soc.): Wir verlangen, daß ein Soldat, der beim Militär invalide wird, auch Pension erhält, denn es ist ausgeschlossen, daß er invalide zum Militär gekommen ist. Herr Generalmajor von Viebahn wird noch Gelegenheit haben, sich mit dem von mir angeführten Mißhandlungsfall zu beschäftigen, denn der betr. Soldat hat sich jetzt in letzter Instanz an den Reichstag gewandt.

Abg. Weiß (frs. Volksp.) befürwortet den oben angeführten Antrag Groeber; die Gemeinden hätten nicht einmal das Recht, über die Fähigkeiten des Militäranwärters zu entscheiden; in Süddeutschland sei nichts verhaßter, als ein zweideutiger Kasernenton in Bureaustuben (Sehr richtig! links.)

Staatssecretär von Boetticher erklärt, der Entwurf der Grundsätze für die Anstellung von Militäranwärter im Communaldienst bedürfe der Zustimmung aller Bundesregierungen; das werde den Vorredner wohl beruhigen.

Nach Ausführungen der Abg. Groeber (Centr.), Weber (natl.), Dr. Foerster (Antis.) betont Abg. Buch (Soc.) die Opposition, die in den Reichslanden wie in ganz Süddeutschland gegen den Entwurf herrsche, wenn sie auch dort nicht zum Ausdruck gebracht werden könne. Das hundertjährige Recht der elsaß-lothringischen Städte auf selbstständige Anstellung ihrer Beamten würde durch den Entwurf aufs Empfindlichste verletzt; jetzt seien sogar Gendarmen zu Bürgermeistern gemacht worden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Antrag Augst auf Verminderung der Offizierspensionen gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, der Antrag Groeber fast einstimmig angenommen, ebenso der Rest des Etats.

Um 5 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr (Etat des Auswärtigen Amtes und der Schutzgebiete.)

Die Situation in Hamburg.

Vom Sonnabend wird berichtet: Heute Morgen 10 Uhr begann die Sitzung der Senats-Commission zur Prüfung der Arbeits-Verhältnisse im Hafen. Außer den Senatoren O'Swald, Ad. Hertz und Holthusen nahmen daran Theil die Stauer Christian Blohm, Gustav Lenz, Aug. Ahrens und Carl Thiedemann und von den Schauerleuten der Korn Accordarbeiter H. Döring, der schwarze Schauermann K. Moje, der Salpeterarbeiter Aug. Lenz und der Sückgutarbeiter August Wrost. Die Arbeitnehmer trugen ihre Forderungen vor und die Stauer machten demgegenüber ihren Standpunkt geltend. Großes Entgegenkommen zeigten die Stauer keineswegs. Demnächst soll eine neue Sitzung stattfinden, da eine Einigung heute nicht erzielt werden konnte.

Gleichzeitig fanden Unterhandlungen zwischen den Importeuren englischer Kohlen und den schwarzen Schauerleuten statt. Auch hier blieb es bei gegenseitiger Aussprache. Die Importeure verlangten daß die Schauerleute die Berechnung nach Konnossementen anerkennen sollten, was diese verweigerten. Morgen findet eine Versammlung der schwarzen Schauerleute statt, in der der Standpunkt der Importeure einer Besprechung unterzogen werden wird. Am Dienstag nächster Woche findet dann wieder eine gemeinsame Sitzung der Importeure und der schwarzen Schauerleute statt. Die Arbeitnehmer, die den beiden Sitzungen beiwohnten, haben den Eindruck, als wenn bei den ganzen Verhandlungen nicht viel herauskomme.

Die hiesige Post hält seit zwei Tagen alle an die Central-Streikcommission gerichteten Postsendungen zurück. Ein Rechtsanwalt ist mit Verfolgung der Sache seitens der Streikcommission beauftragt.

Gerichtliches.

In Halle a. S. wurde Genosse Mannigel, der frühere verantwortliche Redacteur des „Volksblattes", der gegenwärtig eine Gefängnißstrafe verbüßt, am Donnerstag gefesselt vor das Schöffengericht geführt, um sich wegen Beleidigung des Oberbogts Enke in Eisleben zu verantworten. Die Klage war von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse erhoben. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Wir möchten bei dieser Gelegenheit an den Justizminister die Frage richten, ob es seinen Intentionen entspricht, wenn Redacteure von Arbeiterblättern gefesselt wie Mörder und Spitzbuben vor Gericht geführt werden. Derartige Fälle sind ja nicht nur in Halle, sondern auch anderwärts in Preußen vorgekommen. Die Arbeiterpresse ist ja gewöhnt, mit anderem Maaße gemessen zu werden, als die bürgerliche Presse, was aber zu viel ist, das ist zu viel!

Vor der Gabener Strafkammer ist der Inhaber der Militär-Effecten-Fabrik E. Scholz Nachfolger in Schöneberg bei Berlin, Emil de la Croix, vorbestraft mit zwei Jahren Festung wegen Duells mit tödtlichem Ausgange, wegen Bestechung zu drei Monaten Gefängniß und einem Jahre Ehrverlust verurtheilt worden. Der Angeklagte hatte für das Ulanenregiment in Züllichau Tschapkas zu liefern, da dieselben aber auf dem Transport beschädigt wurden, konnte die Lieferung nicht rechtzeitig erfolgen. Der Angeklagte sandte dann dem Regiments-Quartiermeister Plarkowski, der nach seiner Meinung ihm helfen konnte, in einem Briefe einen Fünfmarkschein.

Einen Fünfmarkschein! Wie schofel! Unsere Leser werden sich noch erinnern, daß derselbe Herr de la Croix wegen einer unsauberen Liebesgeschichte seinen Freund im Duell über den Haufen geschossen hatte. Er war eine Zeit lang der ideale Held aller Müßiggänger, und nun das klägliche Ende! Indessen bildet der Bestechungsversuch keinen Gegensatz zu der früheren Schießerei; eines ergänzt das andere. Wer die eine Gesetzesübertretung begeht, ist auch anderer Handlungen fähig, die ihn mit dem Strafgesetzbuch in Conflict zu bringen vermögen.

Kleine Rundschau.

In Hamburg überraschte die Polizei Nachts bei einem Einbruch lange gesuchte, anscheinend internationale Einbrecher. Der eine Verbrecher erschoß sich, ein anderer entwich, trotz seiner Verwundung. In den bereits entdeckten Verstecken beider wurden sämmtliche bei den bisherigen acht größeren Einbrüchen erbeuteten Werthsachen, ausgeschnittene Oelgemälde, deren Werth nach Tausenden zählt, vorgefunden.

In Ottensen wurden Sonnabend die Maschinen- und Mühlenfabrik von Hermann Bauermeister und die Ottensen Dampfmarzipanfabrik von Wieselmann und Schlüter, Beide in einem Gebäude belegen, ein Raub der Flammen. Der Schaden ist bedeutend. Verluste an Menschenleben sind nicht vorgekommen.

Bei dem Zusammenstoß zwischen zwei Güterzügen auf dem Güterbahnhof in Erfurt wurde am Sonnabend früh ein Rangirer getödtet, drei Wagen entgleisten.

Mühlberg (Elbe), 20. Februar. Der Amtsgerichtssecretär Kaiser in Belgern erhängte sich auf dem Boden des dortigen Rathhauses. Was den Beamten, der seit zwei Jahren bei dem Amtsgericht in Belgern angestellt ist, in den Tod getrieben hat, ist bis jetzt unbekannt.

Ein ziemlich starkes Erdbeben ist am Freitag Mittag 1 Uhr in Bozen und Umgegend verspürt worden. Auch in Innsbruck ist ein ziemlich starker Erdstoß verspürt worden, aber am Sonnabend früh um 7 Uhr.

Auf einer Skitour nach der Nockspitze gerieth der Obmann Peer des Innsbrucker akademischen Sportclubs mit seinem Collegen Troyer in eine Schneelawine. Troyer konnte sich retten. Die Leiche Peers ist bisher noch nicht ausgeschaufelt.

Das berühmte Hospiz auf der Paßhöhe des großen St. Bernhard ist dieser Tage durch eine gewaltige Lawine verschüttet worden. Ein Theil des Gebäudes mit dem Refectorium und der Küche wurde von der Lawine eingeschlagen, der übrige Theil aber widerstand zum Glücke, so daß es den Mönchen gelang, vom zweiten Stockwerk des Hospizes aus durch die Schneemassen einen Tunnel zu graben und sich mit der Außenwelt in Verbindung zu setzen. Von Aosta aus sind zahlreiche Arbeiter nach dem Passe hinaufgesandt worden, um das Hospiz wieder freizulegen.

Brüssel, 20. Februar. Der Synagogendiener der Stadt Arlon, Goldschmidt, wurde sammt seiner Frau und fünf Kindern vergiftet aufgefunden. Ob ein Verbrechen, ein Selbstmord oder ein Unfall vorliegt, ist noch nicht bekannt. Goldschmidt und drei Kinder sind bereits todt. Die Mutter und die beiden anderen Kinder leben noch und sind in hoffnungslosem Zustande nach dem Spital geschafft worden.

Paris, 20. Februar. Die „Petite Republique" veröffentlicht Nachrichten über das Befinden des Excapitäns Dreyfus. Danach habe Dreyfus in der letzten Zeit zwei Selbstmordversuche gemacht. Seine Bewachung sei jetzt noch weit strenger als früher; nach einem kurzen Spaziergang, den er täglich machen darf, wird er an eine Kette geschlossen.

New York, 20. Februar. Der Kaufmann Ferdinand May aus Straßburg i. E. ist hier auf Veranlassung der „Allgemeinen Elsässischen Bankgesellschaft" verhaftet worden. Sein Gesuch, ihn auf freien Fuß zu setzen, wurde abgelehnt, da er die geforderte Caution von 100,000 Dollars nicht zu stellen vermochte. Die Gründe der Verhaftung sind noch nicht genau festzustellen; man spricht von gefälschten Schriftstücken und Betrügereien des May.

Danzig, 20. Februar. Zu der Verhaftung zweier der Ermordung des Bankiers Häßner dringend verdächtigen Individuen wird berichtet: Die Uhr, welche dem Bankier Häßner gehört hatte, wurde bei einem spanischen Hehler gefunden, dem sie von einem arabischen Neger verkauft war. Der Neger wurde verhaftet, ebenso ein spanischer Renegat, der ihm Unterschlupf gewährt hatte.

Locale Rundschau.

Breslau, den 22. Februar 1897.

* Der „Generalanzeiger" sieht sich genöthigt, eine Berichtigung zu veröffentlichen, die Genosse May als Einberufer der vereitelten Volksgartenversammlung ihm übermittelte, um den ganz unwahren Behauptungen des „unparteiischen" Blattes entgegenzutreten. Es heißt in der Berichtigung:

„Unwahr ist zunächst, daß die Einberufer, vier an der Zahl, dem Wirthe ohne Namensangabe erklärt haben sollen, daß wahrscheinlich eine Volksversammlung im „Volksgarten" stattfinden würde. Ich habe vielmehr als Einberufer der Versammlung mit dem Wirthe des „Volksgarten" ausdrücklich abgemacht, daß nicht nur eine solche Versammlung am 14. Februar, sondern darauf folgend im Laufe des Sommers noch fünf weitere Volksversammlungen im „Volksgarten" stattfinden sollten und dieses Abkommen ist dann mit Ehrenwort und Handschlag bekräftigt worden. Auch habe ich dem Wirthe meinen Namen genannt, ebenso haben zwei von meinen drei Begleitern dem Wirthe nicht nur ihre Namen genannt, sondern bei dieser Gelegenheit auch die Abhaltung von Festlichkeiten im „Volksgarten" mit dem Wirthe abgemacht und ihre Namen in ein vom Wirthe vorgelegtes Buch selbst eingeschrieben. Unwahr ist weiter, daß die Einberufer sich nach jener Zeit, also während vier Wochen, beim Wirth des „Volksgarten" nicht mehr haben sehen lassen. Ich bin nach jenem ersten Besuche noch zwei Mal beim Wirth des „Volksgarten" gewesen, das letzte Mal am Sonntag vor der Versammlung, also einige Tage vor der am Donnerstag erfolgten Anmeldung der Versammlung und habe beide Male mit dem Wirthe, Herrn Wichert, über die beabsichtigte Versammlung gesprochen. Unwahr ist demnach also auch, daß die Einberufer einzig Schuld daran sind, daß die Versammlung nicht abgehalten werden konnte, vielmehr ist daran einzig das ganz incorrecte Verhalten des Herrn Wirthes vom „Volksgarten" Schuld."

Der „Generalanzeiger" hat sich also mit seiner auffälligen Parteinahme für den Herrn Wichert vom „Volksgarten" die sauberen Finger verbrannt. Um das jedoch seinen Lesern zu verdecken, thut das Blatt, als ob die Berichtigung des Genossen May sich gegen das richte, was „Herr Wichert bezüglich der Einberufungs-Vorgeschichte in Nr. 48 des „Generalanzeiger" veröffentlicht hat. In der That aber findet sich in Nr. 48 des Blattes nicht eine Zeile, die als von Herrn Wichert herrührend bezeichnet ist, sondern lediglich jene offensichtlich von der Redaction des „Generalanzeiger" ausgehende unwahre Darstellung der Angelegenheit, die nunmehr von Genossen May so scharf berichtigt werden mußte. Welch kurzes Gedächtniß muß der „Generalanzeiger" bei seinen Lesern voraussetzen, wenn er hoffen darf, mit solchen plumpen Taschenspielerstücken die Sache von sich abschieben zu können. Wenn der „Generalanzeiger" in Verfolg dieser Taktik sagt: „Jeder der streitenden Theile bezichtigt den anderen der Unwahrheit", so können wir dagegen erklären, daß wenn der Herr Wichert vom „Volksgarten" in der That hinter den redactionellen Auslassungen in Nr. 48 des „Generalanzeiger" stecken sollte, wir ihn allerdings hiermit öffentlich der bewußten Unwahrheit bezichtigen!

Wenn der „General-Anzeiger" sich schließlich verwundert darüber, „wie leicht die Herren die Sache angefaßt haben" und ihnen weise empfiehlt, „daß sie ihre Geschäftsabschlüsse schriftlich machen", so mag das Blatt, das seine Pappenheimer kennt, ja recht haben. Die Arbeiter waren eben naiv genug, zu glauben, daß Handschlag und Ehrenwort vollauf genüge, um ehrliche Männer an die Erfüllung einer übernommenen Verpflichtung zu binden. Wenn sie sich darin täuschten, ist allerdings der Schaden auf ihrer Seite, nicht aber die Unehre!

* Die Heiligkeit der Ehe wollen die Socialdemokraten bekanntlich zerstören und an ihre Stelle die verruchte Institution der freien Liebe setzen. Wer von den abscheulichen Absichten der Umstürzler bisher noch keine Kenntniß hatte, konnte sich dieser Tage noch aus der Rede, die König Stumm am 15. Februar im Reichstage hielt, alle zur gerechten Entrüstung nöthige Aufklärung verschaffen.

Wie sehr der nichtswürdige Hohn dieser Sorte von Menschen nicht allein ethische, sondern auch materielle Interessen verletzt, wie sehr die Durchführung der socialdemokratischen Grundsätze geradezu die Existenz einer Anzahl der besten, staatsstützendsten Familien unterwühlt, das möge ein Brief lehren, der dem „Vorwärts" von ungefähr zugeflogen kam, und den wir unseren Parteigenossen zur Einkehr, der Schutzgenossenschaft für die Erhaltung der modernen Ehe mit Herrn von Stumm an der Spitze aber zur besonderen Erbauung veröffentlichen wollen.

Das liebliche Schreiben lautet:

Breslau, den 29. Januar 97.
Sadowastr. 78, hpt.

Sehr geehrte Frau!

In höflicher Erwiderung Ihres geehrten Schreibens von heute theile ich Ihnen zunächst mit, daß die junge Jüdin mit den fünf Millionen Mark längst vergeben ist. Die besten Sachen verliert man eben stets, wenn es zu lange verzögert wird. Ich suche für eine Jüdin mit 600 000 Mark Mitgift und später noch großes Vermögen einen reichen jüdischen Rittergutsbesitzer (Böhm ausgeschlossen), doch da ich noch eine Dame dabei als Partnerin habe, müßte uns der Herr schon 2 Procent geben. Die Dame will nichts geben. Dann für mehrere jüdische feine Mädchen mit 100 000 und 150 000 Mark Mitgift, später noch viel, Assessoren, Amtsrichter oder Rechtsanwälte, aber alle müssen nachweislich Praxis haben! Nun aber die christlichen großen Sachen, die uns schnell viel Geld einbringen könnten, wenn reisebereite gute Cavaliere vorhanden sind. Eine Adresse, die wir Frau Räthin Trosch gab, habe ich nun gestern benutzt und direct an Graf Sch. Magdeburg geschrieben. Ich glaube, Sie sind dabei betheiligt. Wer weiß, ob mir aber der Graf antworten wird, da er mich garnicht kennt. In Frankfurt a. M. habe zwei adelige schöne Damen für ihn, wo jede viele Millionen Mitgift hat und nach dem Tode der Eltern ein fürchterliches Geld. Er wird direct eingeführt, muß aber sofort reisen können! Dann suche ich für eine junge Dame mit einer Million Mitgift einen Grafen evangelisch, der aber sehr groß sein muß. Und für eine junge Dame in Hamburg mit auch vorläufig einer Million Mitgift einen zweiten Grafen, der aber auch sofort reisen müßte. Bei Hamburg bleiben für uns 2½ Procent übrig, bei den Frankfurter Sachen aber nur 2 Procent. Aber reelle, sichere Sachen sind es, wobei viel verdient werden kann!

Wenn Sie, gnädige Frau, also Cavaliere haben, welche bald reisen können, so bitte ich um die Bilder und nähere Angaben. Je eher, ja besser!! Frau Räthin T. müssen wir aber überall mitverdienen lassen, da sie es war, der ich Ihre werthe Adresse verdanke.

Mit Hochachtung
ergebenst
Eug. Claisé.

Es liegt klar auf der Hand, daß der Herr, der so mit den Millionen der jüdischen und christlichen Heirathscandidatinnen herumwirft, im Renommiren Großartiges leistet. Bezeichnend nicht allein für die Gesinnung, sondern auch für den Intellect der „Cavaliere" ist es, daß sie, selbstverständlich in Anlehnung an ihre Vorkämpferschaft für Ordnung, Religion und Sitte, heißhungrig mit derartigen Industrieritttern in „Geschäftsbeziehung" treten. Der Ritter paßt zum Industrieritter. —

* Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Die „Bresl. Ztg." schreibt:

„Professor Sombart von der hiesigen Universität sollte, wie wir hören, laut eines einstimmigen Beschlusses der philosophischen Facultät der Universität Freiburg an jene Hochschule berufen werden. Das badische Ministerium hat indeß mit Rücksicht auf die socialpolitische Richtung, die Professor Sombart vertritt, seine Zustimmung zu dieser Berufung nicht ertheilt. In Breslau wird man dem badischen Ministerium für seine Entschließung insofern dankbar sein, als Professor Sombarts Universitätsvorlesungen ebenso wie seine öffentlichen Vorträge im Humboldtverein auch in den Kreisen geschätzt werden, die die socialpolitischen Ansichten des Herrn Sombart nicht theilen."

Das Verhalten des badischen Ministeriums wird sicher auch bei den gleichen Behörden anderer Staaten Zustimmung finden. Der Vorgang stellt ein Schauspiel dar, in welchem der Mann der Wissenschaft als bezahlter Lohnarbeiter, wie er im communistischen Manifest skizzirt wird, auf der Bühne erscheint. Mit der Wirkung derartiger Maßregeln können wir sehr zufrieden sein.

* Socialdemokratischer Verein. Die Mitglieder, welche noch Beiträge aus dem vorigen Jahre restiren, werden dringend um Zahlung ersucht, damit das Einkassiren der Reste durch die Bezirksführer nicht zu umständlich sich gestaltet.

* **Tödtlicher Unglücksfall.** Durch einen Eisenbahnzug getödtet wurde am Sonnabend Abend am Brockauer Bahnhof ein zweijähriges Kind. Dasselbe war auf den Schienenweg gelaufen, wo es von dem daherbrausenden Zuge überfahren wurde.

* **Schwerer Unglücksfall.** Am 19. d. Mts., Vormittags, war die Frau eines Brunnenstraße 35 im 3. Stock wohnenden Postassistenten mit dem Putzen der Fenster beschäftigt und beachtete dabei nicht, daß ihr 2½ Jahre altes Töchterchen an eines der offenen Fenster ging. Das Kind stürzte hierbei aus dem Fenster auf einen Schneehaufen im Hofe und erlitt eine Gehirnerschütterung.

* **Vermißt** wird seit dem 15. d. M. der Tischler Hermann Dollmann, der sich an diesem Tage aus seiner Wohnung, Matthiasstraße 39 entfernt hat. D. ist hochrückig, klein, hat braunen Schnurrbart und trug bei seinem Weggange u. a. schwarzen Winterüberzieher und schwarzen Hut.

* **Die Rache der Verschmähten.** Eine auf der Mehlgasse wohnende Wittwe unterhielt mit einem Fleischer B. von der Luisenstraße seit 5 Jahren ein Liebesverhältniß, das, wie sie glaubte, zu einer ehelichen Verbindung führen würde. Als sie nun erfuhr, daß ihr Geliebter sie schmählich hintergehe und im Begriffe stehe, die Tochter eines hiesigen Restaurateurs zu heirathen, beschloß sie, sich exemplarisch zu rächen. Mit einem Topf voll Wagenschmiere bewaffnet, faßte sie, als der Fleischer und die Restaurateurstochter am Sonnabend Vormittag sich civiliter trauen ließen, vor dem Standesamt auf der Matthiasstraße Posto und goß dem jungen Paare, als es den Heimweg antreten wollte, den ganzen klebrigen und übelriechenden Inhalt des Topfes über Gesicht und Hochzeits-

Kleider," so daß Beide wie aus einem Syrupsfaß herausgezogen aussahen. Ein vielhundertköpfiges Publikum hatte sich schnell um die komische Gruppe angesammelt, und ließ, als es den Zusammenhang der Dinge erfuhr, ein homerisches Gelächter erschallen, so daß dem Brautpaare zum Schaden auch der Spott nicht fehlte. Braut und Bräutigam haben den Rest des gestrigen Tages damit verbracht, sich und ihre Kleider von der sehr schwer zu entfernenden Wagenschmiere wieder zu reinigen.

* **Sittlichkeits-Attentate.** Vor acht Tagen berichteten wir über ein derartiges Attentat auf der Hundsfelder Chaussee. Nach hiesigen Blättern ist kürzlich auf dem Wege nach Zedlitz ebenfalls ein Sittlichkeitsverbrechen an einer Frau versucht worden. Vorgestern ereignete sich in derselben Gegend ein ähnlicher Fall. Mitte des Weges zwischen Morgenau und Zedlitz kam plötzlich ein junger Mensch hinter der Stellenbesitzersfrau Mende hergelaufen. Ehe sie sich dessen erwehren konnte, hatte sie der junge Mensch gepackt und suchte sie zu überwältigen. Die angegriffene Frau hatte aber so viel Kraft und Energie, sich des frechen Burschen zu erwehren, so daß dieser nach einigem Ringen und nachdem er der Frau vergeblich den Mund zuzustopfen versucht hatte, von seinem verbrecherischen Vorhaben abließ und das Weite suchte. Die Frau hat in Folge des Ueberfalls einige Kratzwunden im Gesicht davongetragen. Die Sicherheit läßt demnach gar viel zu wünschen übrig.

* **Diebstähle.** Am 17. d. M. wurden auf dem Schlachthofe aus der Verkaufshalle 2 Schweine im Werthe von 200 Mark gestohlen. — In der Nacht zum 19. d. M. wurden auf der Tauentzienstraße zwei Schaukästen, Bürsten und Kämme enthaltend, gewaltsam erbrochen. Der Dieb entwendete verschiedene Sorten Bürsten und Kämme im Werthe von 10 Mark. — Auf der Margarethenstraße wurde von einem Bierwagen ein Kasten mit 25 Flaschen Beckbier gestohlen.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängniß wurden am 19. d. M. 45 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Zeichenmappe, ein Muff, eine Reisedecke, ein Zweimarkstück, ein goldener Trauring, ein Pincenez, ein silbernes Armband, sieben Handtücher. — Abhanden kamen: Legitimationspapiere auf den Namen Kubnert, eine Brieftasche, 8 Kassenschlüssel, ein evang. Gesangbuch, eine Abonnementskarte zum Orchesterverein.

Versammlungsberichte.

Parteiversammlung. Die gestern im Kaiserkrone'schen Locale abgehaltene Parteiversammlung beschäftigte sich in erster Linie mit der Arrangirung der diesjährigen Maifeier. Genosse Bruhns, welcher zu diesem Punkte das Wort nahm, verwies zunächst auf die die Maifeier im Allgemeinen betreffenden internationalen Congreßbeschlüsse und knüpfte daran Erwägungen, in welcher Weise wir in Breslau unter Beachtung der durch die genannten Beschlüsse gegebenen Directive das Fest der Arbeit in diesem Jahre begehen müssen. Man habe sich ja bekanntlich vielfach darüber gestritten, in wie weit die Arbeitsruhe an dem genannten Tage eintreten solle und könne. Das Nächstliegende wäre ja allerdings, daß die Demonstration zu Gunsten eines durchgreifenden Arbeiter-Schutzes und der Verbrüderung der Arbeiter der ganzen Culturwelt durch eine allgemeine Arbeitsruhe stattfinden müßte. Die Erfahrung habe aber gelehrt, daß mit einer derartigen Bekundung des Willens der Arbeiter aller Länder [illegible] und daß es die Arbeiterschaft der großen [illegible] auf eine neue Kraftprobe ankommen lassen kann. Wenn in anderen Ländern, wie z. B. in Oesterreich, die Feier dieses Tages in [illegible] Weise begangen wird, so müsse man dagegen halten, daß in diesem Lande der 1. Mai schon als ein Feiertag betrachtet worden ist, [illegible] allgemeinen Weltfeiertage der Arbeit gemacht wurde. Ebenso [illegible] und in England und Amerika günstige Umstände mit, daß die Maifeier auch in diesen Ländern [illegible] als dies bei uns in Deutschland der Fall ist. [illegible]

[illegible]

Was Breslau anbelangt, so [illegible] an diesem Tage [illegible] Gelegenheit [illegible]

[illegible]

[illegible] Genosse Bruhns [illegible]

[illegible]

Heppner, Korditzke, Liebezeit und Endruweit das Amt übertragen. Damit erreichte um $7\frac{1}{2}$ Uhr die sehr gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Provinzielle Rundschau.

Hirschberg. Fuchsmühl in Schlesien? Aehnlich wie in Fuchsmühl ergebt es den Bewohnern von Agnetendorf im Riesengebirge. Die dortigen Stellner hatten das Recht, sich aus den anliegenden Forsten des Reichsgrafen von Schaffgotsch — dem Herrn der Welt, soweit dieselbe am Riesengebirge liegt — Raff-, Lese-Holz und Streu für ihren Bedarf zu holen. Dieses Recht wurde ihnen Seitens des Waldbesitzers noch im Jahre 1857 förmlich anerkannt. Seit längerer Zeit wurden jedoch den Berechtigten allerhand Schwierigkeiten Seitens der gräflichen Forstverwaltung bereitet und wurden dieselben nebst ihren Angehörigen mehrfach mit Gewalt aus dem Walde vertrieben, wenn sie ihr Holz- und Streurecht ausübten.

Dadurch wurden die Stellner zu dem Entschlusse gedrängt, eine Ablösung ihrer Rechte anzustreben. Dieses Bestreben hat nun eine Reihe langwieriger und kostspieliger Processe für die Agnetendorfer Bewohner im Gefolge gehabt.

Vor uns liegt, schreibt der „Vorwärts", außer anderen Acten auch ein Erkenntniß des preußischen Ober-Landesculturgerichtes, welches sich gegen mehr als hundert Agnetendorfer Kleinbesitzer richtet. In diesem Erkenntniß ist der gegenwärtige Geldwerth des Holzes und der Streu, welches die 113 berechtigten Stellenbesitzer aus den Forsten des Grafen Schaffgotsch holen dürfen, für jede einzelne Stelle per Jahr auf 24 Mark 14 Pfennig festgesetzt worden, welcher dann zum zwanzigfachen Betrage durch ein Capital von 482 Mk. 80 Pfg. für jede dieser Stellen zur Ablösung gebracht werden soll.

Dieses Erkenntniß wird ja zweifellos den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Capitalisirung entsprechen, jedenfalls sind aber die Abgelösten nicht im Stande, sich von den Zinsen des Capitals die dafür losgewordenen Rechte voll zu ersetzen, denn wenn sie jährlich wirklich nur für 24,14 Mk. Holz und Streu brauchten, so müßte sich das Ablösungscapital mit 5 Procent Zinsertrag anlegen lassen, wenn sie ihren Bedarf decken wollten. Dies ist aber nicht möglich: außerdem werden höchstwahrscheinlich die Holz- und Strohpreise immer höher steigen und die Stellner müssen dann einfach immer mehr und mehr aus ihrer Tasche zulegen.

Das uns vorliegende Erkenntniß enthält auf 66 engbeschriebenen Seiten die Berechnung, auf Grund deren das erkennende Gericht zu seiner Werthbemessung der abzulösenden Rechte gekommen ist; trotz der eingehenden Specialisirung haben wir aber nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die in Frage stehenden Stellner aus ihrem Holz- und Steuerrechte wirklich blos pro Jahr für 24 Mk. 14 Pfg. Nutzen gehabt haben.

Die Sachverständigen, auf die sich das Urtheil stützt, kommt zu dem Schluß, daß der Festmeter des Holzes, welches die Berechtigten aus dem Walde holen durften nach Abzug der [illegible] Arbeit nur noch einen Reinwerth von ungefähr [illegible] Pf. repräsentire, oder für alle 113 der berechtigten Stellner zusammen im Jahre nur 72 Pfennige, dazu sind dann die Anfuhr des Ersatzholzes und die Unkosten beim Einkauf desselben gerechnet und so kommt für jede Stelle im Jahre der Betrag von 6,12 Mk. heraus, welcher für das Holz durch die Ablösung zu ersetzen ist, während 18,02 Mk. auf die Streunutzung gerechnet werden.

Diese niedrige Werthbemessung des Raffholzes ist dadurch zu Stande gekommen, daß die für das Sammeln und Einholen desselben aufgewendete Zeit von dem Gebrauchswerth abgezogen wurde. [illegible] Punkt bei diesem Ablösungsverfahren. [illegible] im Walde wohnenden [illegible] Zeit [illegible] jede Möglichkeit [illegible] Walde verwachsen, der [illegible] Was nützt es ihnen [illegible] eingehend vorrechnet, daß sie [illegible] Holz und Streu sammelten, [illegible]

[illegible]

Waldenburg. Beim [illegible] des Hotels „Zum Schwert" wurde die Leiche eines [illegible] Mädchens [illegible] bekannt geworden.

Liegnitz. [illegible]

Neueste Nachrichten.

Zur kretensischen Krisis.

[illegible] wollen. Dem Gesandten einer auswärtigen Macht erklärte der griechische König:

„Meine Geduld ist erschöpft; ich habe mich zur Annectirung Kretas entschlossen, eines Landes, das mit Leib und Seele zu Griechenland gehört. Dieser Entschluß wird gegen mich vielleicht Zwangsmaßregeln veranlassen, aber ich werde den ganzen Hellenismus auf meiner Seite haben. Ich habe meiner Armee befohlen, die Angliederung Kretas nicht aufzugeben, dessen Verwaltungs-Verhältnisse geregelt werden sollen. Sie können meine Erklärung Ihren Collegen mittheilen."

Mittlerweile ist es nunmehr doch zu einer gewaltsamen Intervention der Großmächte gegen Griechenland gekommen. Zunächst meldet man vom Sonnabend Folgendes:

„Die Admirale der fremden Geschwader begaben sich von Hagios Theodoros vor das Lager des Oberst Wassos. Von dort zurückgekehrt, luden sie den Befehlshaber des griechischen Kriegsschiffes „Admiral Miaulis" zu sich und theilten demselben den Beschluß mit, die griechischen Truppen mit den vier bei Hagios Theodoros ankernden Kriegsschiffen anzugreifen, falls Oberst Wassos in das Innere vorrücken würde. Das Ausschiffen von Lebensmitteln sei gestattet. Der Befehlshaber des „Admiral Miaulis" und der englische Admiral hatten sodann eine Zusammenkunft mit Oberst Wassos und setzten ihn von dieser Entscheidung in Kenntniß."

Am Sonntag kam es dann zu dem angedrohten Angriff. Es wird darüber zunächst berichtet: „Heute Vormittag begann das Gewehrfeuer in der Umgebung von Kanea. Von der Stadt aus unterschied man griechische Fahnen. Nachmittags wurde das Feuer heftiger. Um 4 Uhr beschlossen die Geschwaderchefs, das Lager der Aufständischen zu bombardiren. Da die Aufständischen um 5 Uhr das Gewehrfeuer noch unterhielten, eröffneten die Fahrzeuge das Geschützfeuer. Ein englisches Schiff gab den ersten Schuß ab. Hierauf folgten die anderen Schiffe; es wurden etwa 40 Schüsse auf das griechische Lager abgegeben. Man nimmt an, daß mehrere Soldaten getödtet wurden. Als das Feuer aufhörte, sah man die griechischen Fahnen in der Höhe des Lagers gehißt."

Am Nachmittag wurde das Bombardement wiederholt. Ueber London wird darüber berichtet: Wie die „Daily News" aus Kanea melden, wurde gestern, Sonntag Nachmittag 4 Uhr 30 Minuten drei britischen, einem italienischen, einem russischen und dem deutschen Kriegsschiff das Signal gegeben, das Feuer auf die Stellung der Kretenser zu eröffnen. Im Ganzen wurden 70 Schüsse abgegeben und der von den Kretensern gehaltene Ort zerstört. Die Fahne wurde bald wieder geholt. Nach 10 Minuten wurde das Einstellen des Feuers angeordnet, worauf auch die Flagge wieder gehißt wurde.

München, 21. Februar. In der Möbel- und Teppichhandlung von Bernheimer am Maximilianplatz brach heute Mittag Feuer aus, welches innerhalb zwei Stunden die Räumlichkeiten der beiden unteren Stockwerke zerstörte. Die oberen Stockwerke blieben verschont. Der Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt, weil die meisten kostbaren Teppiche, Gobelins und andere Kunstgegenstände ein Raub der Flammen wurden.

London, 22. Februar. Dem „Standard" zufolge ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß Rhodes und Beit bereit seien, die Entschädigungssumme an Transvaal zu zahlen. Die Höhe der Summe soll dem wirklichen Schaden entsprechen, der durch den Einfall Jamesons verursacht worden ist.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 20. Februar.

Eheschließungen. I. Schneider Philipp Jonek, kath., Am Wäldchen 24, mit Martha Riemer, kath., Breitestr. 21. — Kürschner Adalbert Stier, kathol., An der Wilhelmsbrücke 2, mit Ida Worbs, kath., Kupferschmiedestraße 10. — II. Buchhalter Adolf Kunze, ev., Adolfstraße 2, mit Emma Böhm, kath., Brüderstraße 46. — Kaufmann Reinhold Rother, evang., Neue Junkernstraße 32, mit Clara Hoffmann ev., Tauentzienstraße 40. — Töpfer Richard Göbel, ev., Paradiesstraße 4, mit Clara Koch, ev., Klosterstraße 26. — Maurer Hermann Prahl, ev., Pleichen bei Dresden, mit Bertha König, ev., Klosterstraße 85 87. — Schlosser Paul Rutschke, ev., Hubenstr. 7, mit Gertrud Ame, ev., Brüderstraße 3.

Geburten. I. Kürschnermeister Karl Tschoeltsch, ev., T. — Hilfsheizer Karl Ruppert, evang., S. — Schmiedemeister Romann Hilter, kath., S. — Schneider Ernst Gutschner, ev., T. — Arbeiter Heinrich Hahnchen, ev., T. — II. Kürschner Alois Schramm, kath., T. — Schuhmacher Linus Zeline, kath., T. — Haushälter Reinhold Gutschker, kath., S. — Monteur Oscar Kasten, ev., S. — Arbeiter Hermann Günther, ev. S. — Arbeiter Paul Baumgart, ev., S. — Kellner Josef Ehrlich, kath., S. — Arbeiter Robert Fiebach, kath., T. — Schlosser Karl Schade, ev., S.

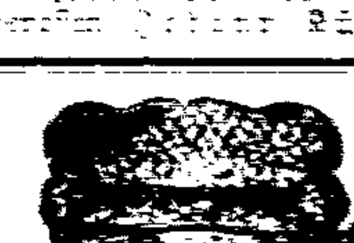
Todesfälle. I. Barbiersfrau Clara Nowack, geb. Gleesberg, 30 J. — Kinderwärterin Ernestine Springer, 72 J. — Arbeiter August Grundke, 36 J. — Clara, T. des Töpfergesellen Heinrich Peter, 1 T. — Theodor, S. des Arbeiters Hermann Weigelt, 1 J. — Arbeiter August Rutsche, 62 J. — II. Auszügler Gottlieb Kupke, 64 J. — Anna, T. des Schneidermeisters Josef Bernardt, 6 Mon. — Anna, T. des Portiers Carl Obst, 1 J. — Johannes, S. des Schneiders Valentin Karwicht, 8 M. — III. Gertrud, T. d. Schuhmachers Otto Siell, 1 M. — Früherer Schlosser Jos. Krause, 73 J. — Schneider Adolf Schleinichof, 45 J. — Bertha, T. des Bahnwärters August Hübner, aus Lewitz, 9 Mon. — Früherer Kutscher Karl Ziegon, 53 J. — Packhofsarbeiter Paul Grundmann, 39 J.

Stadt-Theater.
Montag: „Wilhelm Tell."
Dienstag: „Bajazzi." „Phantasien im Bremer Rathskeller."

Lobe-Theater.
Montag: „Das Heimchen hinterm Herd" „Das Veilchenhäuschen." „Der Ehemann vor der Thür."
Dienstag: „Die versunkene Glocke."

Thalia-Theater
Volksvorstellungen.
Dienstag: Gruppe H 1 Vorstellung: „Doctor Besser".
Freitag: Gruppe J 1 Vorstellung: „Doctor Besser".

Victoria-Theater
Director Müller.
[illegible]



Sopha [illegible] 18 Mk. [illegible] Bettstellen mit Matratze und Keilkissen [illegible] 27 Mk. [illegible] Schränke, Tische, Spiegel, Küchenmöbel billigst [illegible]
Breitestraße 3, I [illegible]
Schindler, Tapezierer.

Herren- und Knaben-Garderobe
sowie sämmtliche Arbeiterjacken empfiehlt am billigsten
E. Liedecke. Stockgasse 30.

5 Pf. Sumatra-Cigarren
[illegible]
practische Qualitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack
100 Stck. 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
[illegible]
Cigarrenfabrik **E. Lampke** vorm. **A. Hirsekorn**
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Schweidnitzerstraße 1, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 4, Klosterstraße 79, Schmiedebrücke 47.
[illegible]

Auf Abschlagzahlung
gebe ich
Confirmanden-Anzüge
sowie
Herren-Garderobe
zu ganz billigen Preisen.
[illegible]
Geschwister Boy,
Matthiasstraße 95, I.

Der Neue Welt-Kalender für 1897.
Preis 40 Pfg
Zu beziehen durch die Exped. d. „Volkswacht".

Stenographie-Unterricht.
Hon. 1,50 Mk. Siehe Vereinskalender.

Sopha, Schrank, Vertikow, Bettst., [illegible] Tisch, Stühle, Küchenschr., Waschtisch, Spiegel, Uhr, Wäsche, Buch [illegible] Friedrichstr. 88. [1777]

10 neue und 2 gebrauchte gut erhaltene Nähmaschinen stehen sehr billig zum Verkauf. 1749
S. Freund, Breitestraße 45.

Confirmanden-Anzüge für jede Größe u. Weite fertig vorräthig
$7\frac{1}{2}$ **Mark**
bis zum Hochfeinsten in Kammgarn, Satin und Diagonale
„**Goldene 74**",
I. Etage, Ohlauerstraße 74.

Die Währungs-Frage und die Socialdemokratie.
Eine gemeinfaßliche Darstellung der währungspolitischen Zustände und Kämpfe von **Max Schippel.**
Preis 30 Pfennige.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Vereins-Kalender.

Breslau.
Montag, den 22. Februar:
Verein Deutscher Schuhmacher [illegible]
Verein Deutscher Schuhmacher [illegible]
Deutscher Schneider u. Schneiderinnen Verband [illegible]
I. Breslauer Arbeiter-Stenographen-Verein „Stenographia". [illegible]
Krankenunterstützungs-Bund der Schneider. [illegible]